

## ANFRAGEN an den Bürgermeister

### 1) Information zu ökologisch verträglicher Schädlingsbekämpfung

GRin. Mag. **Fluch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fluch**: Nach den Emotionen etwas Frühlingshaftes, aber ich denke, trotzdem Entscheidendes und zwar geht es um Information der Stadt zu ökologisch verträglicher Schädlingsbekämpfung. Es ist ganz klar, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz, aber auch die Medienöffentlichkeit sehr sensibel sind in Umweltfragen, wir merken es bei Debatten über die Feinstaubbelastung, wir merken es auch, wenn über das Rauchen im öffentlichen Raum gesprochen wird.

Andererseits gibt es da einen gewissen Widerspruch, weil sich Bürgerinnen und Bürger, wie ich meine, oft auf Grund von mangelndem Wissens im eigenen Bereich Belastungen aussetzen, die sich mit sehr geringem Aufwand vermeiden oder auch verringern ließen. Es ist nämlich kein Einzelfall, dass die selben Menschen, die beim Einkauf von Lebensmittel sehr bewusst entscheiden und versuchen ökologisch richtige Entscheidungen zu treffen, für die Bekämpfung von Käfern, Würmern und ähnlichem Getier auf ihrem Balkon, auf der Terrasse oder auch in den eigenen Gärten wahre Chemiekeulen einsetzen. Es ist auch so, dass manche der Substanzen, die dort zum Einsatz kommen, ja nicht einmal gesundheitlich ganz unbedenklich sind. Gerade in dieser Zeit merken wir, dass immer mehr Menschen an Allergien leiden, die vielleicht teilweise auch auf diese Mittel zurückzuführen sind.

Andererseits gibt es mehrere Einrichtungen und auch Vereine, die bestens geeignet und in der Lage wären, Beratungen zu ökologisch verträglicher Schädlingsbekämpfung durchzuführen beziehungsweise auch Informationen in Form von Broschüren oder Ähnlichem oder im Internet gut aufzubereiten. So gibt es zum Beispiel, was den Einsatz von Nützlingen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), statt Schädlingsbekämpfungsmitteln anlangt, sehr viel Know-how bei der Landwirtschaftskammer für Steiermark, die ja seit kurzem einen Stadtbauernhof mitten in der Innenstadt in der Hamerlinggasse betreibt und dort besonders gut erreichbar ist.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e**

ob und in welcher Form die zuständigen Ämter der Stadt Graz und ich denke hier insbesondere auch an das Umweltamt – den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die notwendigen Informationen über ökologisch verträgliche Schädlingsbekämpfung vermitteln werden und ob daran gedacht ist, Einrichtungen wie die Landwirtschaftskammer mit der Erstellung entsprechender Informationsmaterialien zu beauftragen? Danke (Applaus ÖVP).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **2) Raucherentwöhnung**

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Rauchen ist, laut einer Studie der WHO aus dem Jahr 2002, weltweit die wichtigste Todesursache – im Vergleich dazu liegt die städtische Luftbelastung nur auf Rang 13.

Nach den Ergebnissen einer Umfrage aus dem Jahr 2001 wollen mehr als die Hälfte der Raucherinnen und Raucher entweder ganz aufhören oder den Tabakkonsum zumindest reduzieren. Dies ist auch im Interesse der Arbeitgeber, die nachgewiesenermaßen durch weniger Krankenstände und weniger Reinigungskosten belastet werden. Viele Raucher benötigen allerdings für die Umsetzung Ihres Verlangens aufzuhören die Unterstützung durch professionelle Raucherberatung.

Durch die Umsetzung der Bestimmungen im Tabakgesetz § 30,

- Absatz 1: Arbeitgeber haben dafür zu sorgen, dass Nichtraucher vor den Einwirkungen von Tabakrauch am Arbeitsplatz geschützt sind... sowie
- Absatz 2: Wenn aus betrieblichen Gründen Raucher und Nichtraucher gemeinsam in einem Büroraum oder einem vergleichbaren Arbeitsraum arbeiten müssen, der nur durch Betriebsangehörige genutzt wird, ist das Rauchen am Arbeitsplatz verboten

wird sich für rauchende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrat Graz der Bedarf an einer professionellen Raucherberatung ergeben.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in deiner Funktion als Personalreferent die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, im Rahmen eines Gesundheitsförderungsprogramms für diejenigen rauchenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit dem Rauchen ganz aufhören wollen, eine Hilfestellung, zum Beispiel in Form einer Raucherberatung, anzubieten (*Applaus ÖVP und Teile KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Wir haben ein umfassendes Gesundheitsförderungsprogramm auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates schon im Laufen, es wird auch noch verstärkt werden und es gibt auch schon die Raucherinnen- und Raucherberatung im Magistrat. Wir werden das aber forcieren.

### **3) Schließung der öffentlichen WC-Anlage im Herz-Jesu-Park**

GRin. Dr. **Leb** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Leb**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine Anfrage behandelt auch eine Budgetsanierung die, glaube ich, unsere Grazer Bevölkerung, vor allem die Bevölkerung des zweiten Bezirkes an einer sehr empfindlichen Stelle trifft und zwar geht es daher um die Schließung der öffentlichen WC-Anlage im Herz-Jesu-Park. Sie entspricht auch nicht ganz den Versprechungen unseres Herrn Finanzstadtrates, die er am Beginn seiner Amtsperiode gemacht hat, wo er in den Medien verkündet hat, das Klopapier in Graz wird nicht ausgehen. Seit Ostern wurde die öffentliche WC Anlage im Herz-Jesu-Park kommentarlos geschlossen. Auf Anfrage der durch diese Maßnahme schwer betroffenen Pfarre erfolgte die Mitteilung des zuständigen Amtes, es handle sich um eine Sparmaßnahme zur Budgetsanierung, ein Hinweisschild mit der Aufschrift "nächstes WC am Dietrichsteinplatz " wurde montiert. Das ist natürlich schon eine bisschen prekäre Sache und auch Vorsprachen der Bezirksvertretung sowie der Pfarre bei der Liegenschaftsabteilung blieben bis heute ergebnislos.

Da ich die Effizienz dieser vorgenommenen Sparmaßnahme in Zweifel stelle, ergeht an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des ÖVP-Gemeinderatclubs die

### **A n f r a g e ,**

die Wiederinbetriebnahme der WC-Anlage, die sich in einem stark frequentierten Park befindet, schon zur Schonung der Parkanlagen zumindest für die kommenden Sommermonate zu veranlassen.

Weiters wird angefragt, auf unseren Finanzstadtrat dahingehend einzuwirken, dass weitere Schließungen von öffentlichen WC-Anlagen verhindert und nach bevölkerungsschonenderen Einsparungen gesucht werde. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich werde mich auch in dieser wichtigen kommunalen Frage der Daseinsvorsorge geschäftsordnungsgemäß drum kümmern.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Entwicklung einer Initiative „Botschafter/in für Graz“**

GRin. Mag. **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte heute eine Anfrage einbringen an den Herrn Bürgermeister, formal habe ich ja nur diese Möglichkeit, möchte aber Sie alle gleichzeitig ersuchen, diese Initiative, die ich hier formuliere, zu unterstützen. Es geht um Folgendes: Graz ist eine innovative und lebenswerte Stadt, wir wissen das, wir arbeiten für diese Stadt aus Überzeugung, aber es gilt auch diese Botschaft, dass Graz eine innovative und lebenswerte Stadt ist, regional und überregional zu verbreiten. Dazu bedarf es natürlich auch Botschafterinnen und Botschafter, die diese Botschaft nach außen tragen können. Und ich denke hier nicht an bezahlte WerbeträgerInnen oder an Personen, die bekannt sind, sondern ich denke hier an innovativ tätige Personengruppen mit überregionalen und internationalen Präsentationsmöglichkeiten, denen hiermit ein ehrenamtliches Engagement für Graz zur Verfügung gestellt werden kann und die auch dafür gewonnen werden sollen.

Die Idee ist entstanden in einem Gespräch, das stattgefunden hat zwischen mir und Frau Barbara Schlögl, die heute hier ist vom TU-Racing Team, das ist die Teamleiterin. Wissen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dass auf der TU 40 Studierende an einem Rennboliden bauen und dieser neue Bolide wird am 5. Mai, der neue Bolide, vorgestellt. Mit diesem Rennboliden werden Rennen gefahren und wir gratulieren und ich darf hier sehr herzlich gratulieren, Frau Schlögl, dass sie es geschafft haben, binnen so kurzer Zeit vom Jahr 2003 bis jetzt zum amtierenden Europameister zu werden (*allgemeiner Applaus*). In diesem Gespräch sind wir dann daraufgekommen, na ja dieses Team, das europaweit und hoffentlich dann bald weltweit unterwegs ist, vertritt eine Reihe von Sponsoren, die dieses Projekt auch

unterstützen und unsere Überlegung war dann, auch die Stadt Graz zu repräsentieren, wir wollen auch tourismusmäßig nach außen wirken und die Idee war dann jene, dass diese Botschaft in Form eines Botschafterrepräsentationskoffers, den es zu erstellen gilt, ihnen mitgegeben wird und sie damit nach Außen gehen können. Dass es dazu natürlich auch, wir wissen, formaler Kriterien bedarf, soll nicht allzu einengend zu sein, aber es soll jedenfalls erarbeitet werden, wer Botschafter sein kann und für welche Zeit sein darf beziehungsweise welche Form der Unterstützung hier auch möglich ist. Und ich möchte auch den zuständigen Stadtrat, Herrn Eisel-Eiselsberg, insbesondere ansprechen, an dieser innovativen Tourismusmarketingform mitzuwirken und relativ rasch, also es wäre sehr schön, wenn wir rasch zu diesem Projekt kommen würden. Mir fallen auch noch weitere Gruppen ein, die natürlich innovativ in Graz tätig sind, wie beispielsweise auch das Robocupteam oder auch das international schon bekannte Fußballteam, also dieses Streetsoccerteam, das war ja eine Idee aus dem Jahr 2003, die hier entstanden ist, das heißt, wir haben eine vielfache Möglichkeit unsere Ideen, unsere Botschaft nach außen zu tragen und haben hier viele engagierte Grazerinnen und Grazer, die uns hierbei behilflich sind. Um dem Formalmechanismus Genüge zu tun, muss ich die Anfrage noch wortwörtlich vorlesen:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich stelle an Sie die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, die Idee von Graz-BotschafterInnen weiterverfolgen zu lassen und die zuständigen Fachabteilungen in Kooperation mit Graz Tourismus damit zu beauftragen, ein entsprechendes Projekt zu entwickeln? Vielen herzlichen Dank, ich freue mich auf Ihre Unterstützung(*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, mich freut es, dass Sie das Thema hier einmal ansprechen und dass Sie auch sagen, wir sollen dieses Thema weiterentwickeln. Es wird seit vielen, vielen Jahren sowohl vom Bürgermeister, aber

auch schon von sehr vielen Stadträtinnen und Stadträten auch schon gelebt. Es gibt da die unterschiedlichsten Bereiche, es kommen zu uns Trachtengruppen, Musikgruppen, Tanzgruppen, Sportlerinnen und Sportler, die überall auftreten, selbst unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie woanders hinfahren, um bei Seminaren aufzutreten und auch die Erfolge der Stadt Graz weiterverbreiten, kommen natürlich immer wieder zu zuständigen Stadtsenatsmitgliedern und auch zu mir und wir versuchen auch immer gemeinsam mit Graz-Tourismus ein Paket herzugeben, dass dann dem Anlass entsprechend auch von der Größe her gegeben ist. Sehr oft gebe ich auch Bücher mit, weil man trifft dort ja oft den Bürgermeister von dort mit Briefen etc., das heißt, wir leben diese Idee dieses Botschafters und der Botschafterin schon, ich werde die Idee auch weiterverfolgen, sage auch bewusst dazu, wir nehmen es natürlich auch aus unseren Verfügungsmitteln, und auch dieser Betrag ist begrenzt und im Rahmen des Möglichen werden wir das unterstützen und auch noch stärker mit Graz-Tourismus abwickeln. Meine Bitte ist nur, wenn Sie jemanden wissen, ihn durchaus auch zu mir schicken und ich helfe dann mit.

*Zwischenruf Mg. Bauer unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Das formale Kleid ja, aber es ist immer gefährlich, Sie haben es ja auch selber angeschnitten, ist natürlich dann auch mit Kosten wieder verbunden, aber ich mache das gerne und ich betone das auch so wie Sie (*Applaus ÖVP*).

## **5) Baumpflanzungs-Offensive**

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es darum, dass

es in letzter Zeit speziell zum Thema Baumfällungen und auch Nachpflanzungen natürlich einige Diskussionen gegeben hat. Ich denke hier vor allem an die lange Diskussion im Stadtpark, wo dutzende Alleebäume gefällt wurden, oder auch an die noch immer laufende Diskussion der Baumpflanzungen am Freiheitsplatz oder auch die Diskussion um die notwendige Fällung von Bäumen im Zusammenhang mit der Errichtung der Linie 6. Und all diese Maßnahmen, wenn auch da oder dort Ersatzpflanzungen passieren, tragen aus meiner Sicht, aus unserer Sicht nicht unbedingt dazu bei, dass Graz eben diesem Namen als Garten- und Blumenstadt entsprechend gerecht wird und ich würde mir hier erwarten, dass es hier verstärkte Akzente zusätzliche Akzente, in Bezug auf Neupflanzungen von Bäumen und Sträuchern gibt. Und wenn sich, und viele von Ihnen und euch werden sich vielleicht noch erinnern können, dass vor rund 20 Jahren es bereits in Graz eine sehr erfolgreiche Aktion gegeben hat, in deren Rahmen das Stadtgartenamt gemeinsam mit den Bezirksvertretungen und der Bevölkerung hier sinnvolle Baumpflanzungen in öffentlichen Straßen und auf Plätzen durchgeführt hat und das Interessante dabei war, dass nicht nur neue Alleen dadurch auch entstanden sind, sondern es gab auch eine neue Form des Sponsorings in Form dieser damaligen sogenannten Baumpatinnen und Baumpaten. Aber nicht nur diese zusätzlichen Baumpflanzungen haben dazu beigetragen, dass sich das Straßenbild und insgesamt das Stadtbild zum Positiven entwickelt hat, sondern auch diese Baumpflanzungen haben auch noch andere positive Effekte mit sich gebracht. Ich denke hier, dass es optische Tempobremser waren oder natürlich auch zur Verschönerung, wie gesagt, und zur Erhöhung der Lebensqualität hier ihren Beitrag geleistet haben. Und deshalb denke ich mir, dass es vielleicht wieder Sinn machen würde hier eine neue zusätzliche Initiative in diese Richtung zu starten und daher darf ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratische Fraktion die

### **A n f r a g e ,**

richten und stellen, ob du bereit bist, darauf einzuwirken, dass die Abteilung Grünraum und Gewässer gemeinsam mit den 17 Bezirksräten in den 17 Grazer Stadtbezirken einen Plan für Neu- und/oder Nachpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Hecken, wo eben Baumpflanzungen vielleicht auf Grund der Leitungen, die sich unterirdisch befinden, nicht möglich sind, auszuarbeiten und auch

ein mögliches neues oder vielleicht auch das alte, aber überarbeitete Sponsoringmodell zu kreieren oder zu überarbeiten. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Die Beispiele, die du großteils angeführt hast, lasse ich nicht ganz gelten. Am Freiheitsplatz setze ich mich gerade sehr ein, und das sind harte Diskussionen mit dem Bundesdenkmalamt, dass dort überhaupt Bäume hinkommen sollen, aber wir sind auf einem sehr guten Weg. Die Schlägerungen im Stadtpark, die im Übrigen jetzt schon durch Neupflanzungen wieder ersetzt worden sind, sind in erster Linie in Diskussion geraten, weil der Herr Vizebürgermeister Walter Ferk diese Diskussion in den Medien auch so eröffnet hat, sonst hätte es da keine Diskussion gegeben. Gerade im Bezirk Jakomini, den du lange vertreten hast auch als Bezirksvorsteher und im Bezirksrat haben wir sehr darauf geachtet, dass die Heckennachpflanzungen passieren, bin sehr froh, dass die Firma Kohlfürst jetzt namens der Stadtwerke auch in der Conrad-von-Hötzendorfstraße endlich die Nachpflanzungen gemacht hat zeitgerecht, dass sie wachsen können. Wir haben in der Stadt Graz in der Abteilung Grünraum und Gewässer, also im Grünraumbereich, ein ganz klares Konzept des grünen Netzes. Selbstverständlich soll das immer wieder mit den Bezirksverantwortlichen, Bezirksvorstehern und Bezirksräten diskutiert werden, weil diese Damen und Herren am besten vor Ort wissen, wo Grünraum fehlt, wo Kinder, aber auch die Senioren in unserer Stadt Erholungsräume brauchen und ich darf auch darauf verweisen, dass es gerade in unseren Parkanlagen zu massiven Pflanzaktionen kommt und da hat sich auch schon zu Wort gemeldet die Frau Stadträtin Monogioudis, die dafür auch zuständig ist für die Pflanzen dann.

StRin. **Monogioudis**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, liebe Kollegen und Kolleginnen! So kann man das natürlich nicht stehen lassen, dass es in Graz so einen großen Nachholbedarf bei den Nachpflanzungen geben würde. Also die Wirtschaftsbetriebe, die ja diese Arbeiten durchführen, sind da sehr wohl sehr gut im

Plan, natürlich ist es manchmal so, dass durch gewisse zusätzlich erforderliche Arbeiten wie Wurzelstockentfernung, also diese Fräsung usw. das nicht sofort passieren kann und manchmal müssen auch Umplanungen durch die Abteilung für Grünraum und Gewässer vorgenommen werden. Die Nachpflanzungen, die uns dann vorgeschrieben werden, werden sehr wohl immer im entsprechenden Zeitrahmen durchgeführt um gerade der Stadtpark und darauf möchte ich schon hinweisen, ist ein Beispiel, wie gut das funktioniert, also es sind dort wirklich in dem Zeitrahmen, der der Bevölkerung genannt wurde anlässlich der Entfernungen der Bäume, in diesem Zeitraum sind die Alleebäume alle wieder nachgepflanzt gewesen noch vor Ostern, obwohl es durch, wie wir wissen, heuer dieses Wetter nicht gerade günstig war, aber wurden die Leute dann zeitgerecht fertig. Also es ist wirklich nicht so, dass man sagen könnte, dass es in Graz mit den Nachpflanzungen, dass es da irgendeinen Stau oder irgendein Problem gäbe, das ist mir schon ganz wichtig, das anzuführen (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Auf eines möchte ich auch noch verweisen, weil ja diese Diskussion auch im Naturschutzbeirat Monat für Monat diskutiert wird, da würde ich mir auch von manchen eine regere Teilnahme daran wünschen, weil dann würde man sich auch die eine oder andere Diskussion ersparen. Aber eines möchte ich da betonen, man soll unterscheiden zwischen den Nachpflanzungen und den Plänen für Nachpflanzungen auf öffentlichem Gut, sprich wofür die Stadt Graz zuständig ist inklusive der Parkanlagen und durchaus den Baumschwund, den wir in den letzten Jahren auch durch Baumaßnahmen auf privaten Flächen erlitten haben und dafür einen Ausgleich zu schaffen, darüber sollte man auch diskutieren beziehungsweise wir sind ja auch in reger Diskussion über die Baumschutzverordnung auch im Naturschutzbeirat. Aber die Stadt selbst, glaube ich, ist ihren Verpflichtungen durchaus immer wieder nachgekommen auf öffentlichem Gut.

GR. **Eichberger**: Ich möchte schon eines dazu sagen, es geht mir jetzt nicht darum und da mögen Sie beide oder du auch Recht haben mit möglichen Ersatzpflanzungen. Sondern mir geht es schon darum, weil ich auch das Beispiel genannt habe der Initiative vor 20 Jahren, da geht es nicht um Ersatz von gefälltten oder zu fällenden Bäumen, sondern es geht um eine Offensive, es geht um eine Initiative. Ich glaube, es kann ja uns allen nicht ausreichen, dass man sagt, man hat einen gewissen Bestand an Bäumen und wenn die zu ersetzen sind, dann ersetzen wir sie. Es wäre ja, glaube ich, für die Zukunft unserer Stadt und in uns gelegen, hier zusätzliche Alleen unter Umständen entstehen zu lassen und zusätzliche Pflanzungen durchzuführen und meine Anfrage geht nicht in diese Richtung, dass ich sage, ok wir waren ja eh tüchtig und haben unsere Hausaufgaben im Stadtpark erledigt, sondern es geht an die Kreativität und an die Findung von neuen Plätzen, von neuen Straßenzügen, die derzeit keinen Baumschmuck haben, dass ich dort zusätzlich als Stadt Graz etwas pflanze und das ist der Sinn und der Hintergrund meiner Anfrage bitte (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Ich erlaube mir zu dem Thema auch ein paar Anmerkungen zu unterschiedlichen Punkten, die angesprochen sind. Zum Kollegen Eichberger, dafür dient eigentlich, aber das ist vielleicht der Part vom Stadtrat Rüschi, das zu sagen ohnedies das grüne Netz, dessen Vorstellung wir vielleicht noch nicht ausführlich genug im Ausschuss gehabt haben, insofern könnte der Stadtrat Rüschi das vielleicht auch als Anlass nehmen, darüber zu berichten. Es gibt aber einen zweiten Aspekt, ich habe auch so etwas wie ein Déjà-vu gehabt jetzt wieder, dass ziemlich reflexartig die Stadträtin Monogioudis sich immer dagegen wehrt, wenn andere unterstützend in Sachen Grünraumausstattung der Stadt etwas tun wollen. Das Gleiche habe ich auch schon erlebt, vielleicht erinnern sich manche, wir haben eine Spendenaktion ins Leben gerufen, Leute aufgefordert, sie könnten Bäume spenden, weil es gab auch einiges an Nachholbedarf im Stadtpark, das ist angeblich mittlerweile aufgeholt, also nicht nur die Alleen, sondern auch andere Bäume, die nachgepflanzt waren, aber wir haben einfach gesagt, Leute spenden Bäume, das heißt nicht, ich sage, dort gehört ein Ahorn hin und stelle den dorthin, sondern ich spende symbolisch einen Baum und die Abteilung für Grünraum beziehungsweise die Wirtschaftsbetriebe werden

damit unterstützt in ihrer Arbeit, die sie, wie wir wissen, sehr gut und sehr gewissenhaft machen. Das ist offensichtlich sofort als Angriff auf die Arbeit der Stadträtin beziehungsweise der Abteilung für Grünraum gehalten worden. Hände weg, ja keine Spenden annehmen von Bäumen, war irgendwie die Reaktion. Jetzt haben wir ein paar Bäume gut am Konto liegen, werden überlegen, was wir mit diesen Bäumen tun würden. Ich hätte einen Vorschlag, zum Beispiel gab es einen Antrag von mir zu überprüfen, ob man nicht am Jakominiplatz so was wie eine schöne Dorflinde oder Dorfeiche oder sonst was aufstellt, da gibt es einen wunderschönen Platz neben dem Rondeau mit den Telefonzellen, wo gut Platz wäre, Antwort habe ich bis heute keine bekommen. Wir könnten eine ordentliche Summe für die Bäume dort zur Verfügung stellen. Wie gesagt, gehört haben wir bis jetzt nichts. Von anderer Seite werden Spenden angenommen, ich finde das schön, die Baumschule Egger hat der Stadt jetzt anlässlich ihres Firmenjubiläums eine Menge teurer oder einige teure Hainbuchen zur Verfügung gestellt für den Augarten, finde ich toll, finde ich schön, sollte man annehmen, wenn so etwas passiert, also warum nicht, mich wundert nur immer diese Gegenwehr, die da sofort kommt als Reflex. Und als letzten Punkt den ich ansprechen möchte Herr Bürgermeister, das ist der Freiheitsplatz, wir wissen jetzt, die Archäologie wird kein Hindernis sein, dort Bäume zu pflanzen. Die Kolleginnen und Kollegen im Planungsausschuss erinnern sich vielleicht, dass man dort relativ flott ein ansehnliches Wäldchen zusammengebracht hätte an Spenden allein aus den Gemeinderatsklubs, wäre schön der erste Grazer Proporzwald, ein grüner Baum steht jedenfalls zur Verfügung. Ich habe nur eine Bitte, lieber Sigi Nagl, lassen wir es dort bei dem Vorschlag, den es ja auch gibt seitens der Stadtbaudirektion mit den Bäumen, also zwei Baumreihen entlang des Denkmals und bitte verwechseln wir nicht den Freiheitsplatz mit den Gärten, die auf der anderen Seite der Häuser sind, nämlich so mit den Schrebergärten und der Idylle, die sich Leute dort mit Rosenbögen und Brunnen und Bankerl und sonst wie herrichten, verwechseln wir bitte nicht diesen schönen klassizistischen Platz mit Schrebergärten. Ich habe nur die Bitte, dass dieser Vorschlag, den ich da in der Zeitung von einer sehr engagierten Anrainerin gesehen habe, nicht so umgesetzt wird, sondern dass man da bitte die Architekten drüberlässt, auch wenn die KP in ihrer Zeitung sagt, das ist damit die Leute sich freuen können und die Architekten ärgert. Da geht es nicht um das Ärgern der Architekten, da geht es um einen architektonischen und einen städtebaulichen Anspruch, den man, glaube ich, haben

soll und der eben keine Schrebergärtnerei in der Stadt und schon gar nicht auf so tollen Plätzen wie dem Freiheitsplatz ermöglichen sollte. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, danke vielmals, auch darauf schnell eine Antwort. Selbstverständlich sind wir sehr darum bemüht, und zwar nur in Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt, diesem klassizistischen Platz auch quasi jenen Schmuck zu verleihen, der zu einem klassizistischen Platz passt. Die Anrainer haben sich dort über ein paar Punkte aufgeregt, der wichtigste ist vielleicht der, dass dieses Makadam in Wahrheit kaum gepflegt werden kann, das heißt, auch die berühmte berüchtigte Hundstrümmerl sehr schwer dort wegzukehren sind, dass wenn man über diesen Platz geht oder wenn man dort spielen will mit Kindern etc. dieser weiße Staub auf den Schuhen sofort drauf ist, es geht fast niemand hinein, also er wird nicht benutzt und sie hätten sich auch gewünscht und das ist auch ein lang gehegter Wunsch unseres Landeskonservators, dass wir beginnen, von unserer alten Aula, Jesuitenuniversität, den gesamten Platz herzunehmen und vielleicht auch diese Parkplätze, die dort noch dabei sind, dann wegnimmt. Wir überprüfen das, es ist auch nur an einige Bankreihen gedacht, niedersetzen soll man sich dürfen auf dem Platz und keine Sorge, es wird dort kein Schrebergarten, sondern es soll bei zwei Baumreihen bleiben, die unter Umständen jetzt ein bisschen noch weiter auseinander gesetzt werden oder noch um zwei ergänzt werden. Das ist ein Programm, das Gerhard Rüschi auch im Moment abarbeitet. Aber wie gesagt, noch einmal, nur in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt und dann selbstverständlich auch der ASVK.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Zu dem Sponsormodell. Wir haben im Sachprogramm Grünraum, wir, der Gemeinderat, hat im Sachprogramm Grünraum den Beschluss gefasst, insgesamt 3.000 Bäume mehr zu pflanzen. Das ist aus Budgetgründen oder mit den Budgetquoten, die wir haben pro Jahr, nie herstellbar. Aus diesem Grund bin ich sehr froh und begrüße auch jede Initiative zu einem Sponsormodell. Die Klubs selbst haben einen guten Schritt hier voraus getan und zwar indem am Freiheitsplatz

sich spontan nicht nur die Fraktion der Grünen, sondern alle Fraktionen bereit erklärt haben, jeweils einen Baum zu spenden, einen Baum zu finanzieren. Wir können von unserer Seite her im Zusammenhang mit der Stadtplanung hier einiges tun, indem wir bei Straßenumbauten dann etwa im Zusammenhang mit Bebauungsplänen einfach die Begrünung auch entlang der Straßen vorschreiben, wir sind etwa dabei, das im Moment auch entlang der Fröhlichgasse zu tun. Also da gibt es durchaus Möglichkeiten. Die Grünraumabteilung hat sich auch schon in der Vergangenheit selbstverständlich bereit erklärt, hier Sponsormodelle, von wem sie auch immer initiiert sein mögen, mitumzusetzen, ich denke, dass wir da in der Zukunft uns einiges einfallen lassen müssen, sonst werden wir diesen Beschluss, den der Gemeinderat getroffen hat, sicherlich nicht umsetzen können, da ist sehr viel Phantasie erforderlich. Ich bitte da um Unterstützung, wir werden das, wie gesagt, gerne aufgreifen und hoffen, dass wir dadurch zu mehr Bäumen in unserem Straßenbild kommen. Ein letzter Hinweis noch, das Grüne Netz, das hier genannt wurde und das auch die Fortsetzung, wenn man so will, die Aktualisierung des Sachprogramms Grünraum beinhaltet, sieht selbstverständlich vor, dass wir in Graz aus den vorhandenen Abschnitten, die wir haben, die sehr grün gestaltet sind, ein ökologisches und auch ein alternatives Routennetz zum Individualverkehr einrichten, die Planung ist abgeschlossen, wir haben auch für heuer eine erste Rate für die Realisierung festgehalten und im Budget drinnen und hier werden wir sicherlich einen Beitrag dazu leisten können (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Monogioudis:** Lieber Herr Gemeinderat Hermann Candussi, es ist ein Missverständnis, wenn du glaubst, ich hätte mich damals angegriffen gefühlt, das war sicherlich nicht der Fall. Was ich allerdings schon festhalten muss, ich habe auch damals diese Mär von den nicht nachgepflanzten Bäumen zerstört, glaube ich, sehr gut auch mit Zahlen belegt. Es ist natürlich jeweils etwas, was aufzuholen ist, weil es ja, wie schon vorher erklärt, auch auf Grund von Planung und so nicht jeder sofort nachgepflanzt werden kann. Das Zweite ist, damals war ja gedacht, diese Bäume würden dann von den Wirtschaftsbetrieben mit den Baumspendern mit einem Fotografen etc. im Stadtpark eingepflanzt und da bin ich nach wie vor der Meinung, dass das nicht praktikabel wäre, wenn eine Baumschule sagt, die Stadt kann sich um

30.000 Euro Bäume ihrer Wahl in der Baumschule auswählen und dann verwenden, ist das etwas anderes, als wenn jeder Baumspender, der einen, zwei oder drei Bäume spendet, dann ein Foto möchte, ein Taferl beim Baum und das sollte noch ein Termin sein, der dann mit den Wirtschaftsbetrieben kompatibel ist und abgestimmt werden kann, also so kann es selbstverständlich nicht gehen und das wollte ich nur festgehalten haben (*Applaus KPÖ*).

Mag. **Candussi**: Liebe Wilfriede, jetzt forderst mich heraus, kann ich noch etwas anbringen, was mir auch auf der Zunge gelegen ist. Erstens, man kann Dinge auch bewusst falsch verstehen, ich habe gesagt und wenn dann einer will, dass er ein Foto braucht dafür, weil er das natürlich als Werbung für sich auch haben will, dann kann man das machen. Es ist nicht darum gegangen, dass die Wirtschaftsbetriebe ihre Planung auf den Terminkalender von Baumspendern abstimmen sollen. Ich glaube, das war auch einigermaßen klar und verständlich. Ich nehme zur Kenntnis, die einzigen Fotos, die von Baumpflanzungen quasi erwünscht sind, sind die, die jetzt in der Zeitung waren, ich war sehr erstaunt, in welcher Adjustierung man zur Schaufel greifen kann, ich muss sagen, Wilfriede Monogioudis an der Schaufel war mindestens so beeindruckend wie Walter Ferk am Häcksler. Die Fotos der Grazer Stadtregierung im Umgang mit Grünraum sind zahlreiche und nur mit Stadträtin erwünscht und mit Baumspendern nicht, das wollte ich jetzt noch anbringen. Danke.

## 6) Infrastrukturelle Verbesserungen der Integrationsstelle

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Meine erste Anfrage bezieht sich auf die Integrationsstelle. Abgesehen davon, dass die zweite vorgesehene Stelle für das Integrationsreferat der Stadt immer noch unbesetzt ist, gilt es auch, einige Defizite bezüglich der Infrastruktur und

damit insbesondere der Arbeitsbedingungen der derzeitigen Integrationsreferentin zu beseitigen. Da sie alleine für die gesamte Arbeit in diesem Bereich zuständig ist, von der Planung und Umsetzung der konkreten Arbeit in ihrem Tätigkeitsbereich bis hin zu Schriftverkehr und telefonischen Auskünften, ist eine Mitarbeiterin beziehungsweise ein Mitarbeiter zur Unterstützung der Büroarbeit dringend erforderlich. Wenn sie zum Beispiel Außentermine wahrnehmen muss, ist das Büro unbesetzt und Menschen, die telefonisch Auskünfte erhalten wollen, müssen sich immer wieder darum bemühen. Die, die sie persönlich aufsuchen wollen, suchen auf der Hinweistafel am Tummelplatz 9 vergeblich nach dem Integrationsreferat.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, Verbesserungen der Infrastruktur des Integrationsreferates zu veranlassen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Manchmal denke ich mir, es kann doch einfach nicht wahr sein, drücke ich mich so missverständlich aus oder liegt es an etwas anderem. Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal. Nach vielen, vielen, vielen Jahren der Lippenbekenntnisse zum Thema Integration in der Stadt Graz arbeiten wir jetzt, und so hoffe ich doch, alle gemeinsam dran, die drei wichtigen Säulen Menschenrechte, Integration und interreligiöser Dialog einmal organisatorisch und mit Konzepten neu zu gestalten. Ich habe dazu eine Mitarbeiterin ausgesucht, die bis zum Sommer einmal ein Konzept vorlegen wird, weil es traurigerweise in diesem Gemeinderat noch nie zu einem Beschluss über ein Integrationskonzept gekommen ist, es ist nie eines vorgelegt worden, das ist der Punkt. Und jetzt arbeiten wir dran unter Einbeziehung aller NGOs, seitdem ich jetzt Bürgermeister bin, ist diese Integrationsfrage auch bei mir und ich sage jetzt ganz bewusst auch, weil ich da ein Konzept und eine Ordnung hineinbringen will, die Gelder dazu sind nicht bei mir und die Personalausstattung läuft genauso, dass ich gesagt habe, ich glaube am Montag

ist es im Übrigen soweit, werde ich die erste Präsentation auch von der Frau Köksal kriegen. Werden wir bis zum Sommer soweit sein, bis zum Sommer macht die Frau Köksal das alleine und dann werden wir auf Grund der Notwendigkeiten, die Sie gerade überlegt und uns auch dort niederschreiben wird und fordern wird, wahrscheinlich auch gar nicht nur eine zweite Kraft brauchen, sondern werden wir noch starke Anstrengungen unternehmen müssen, um das Thema Integration in dieser Stadt so zu gestalten und so zu leben, dass sowohl, die die zu uns kommen, als auch die, die hier leben, zufrieden sein werden, auch mit der Arbeit der Politik und da bitte ich einfach noch um die Geduld. Gestern hat auch wieder der interreligiöse Beirat getagt, es waren alle Religionsgemeinschaften auch wieder bei mir, auch die haben schon interessante Vorschläge gemacht und ich brauche diese Zeit noch bis zum Sommer hin und diese Frage hat heute Thomas Rajakovics auch schon an die Kollegin Kaltenbeck-Michl gestellt, wird auch die Frage zu stellen sein, bleiben wir bei dieser Querschnittsmaterie oder führten wir das unter einem Vorsitz aus meiner Sicht aller Fraktionen und nach den Konzeptbeschlüssen zusammen. So habe ich auch einmal ein Gespräch mit der Kollegin Kaltenbeck noch in Erinnerung, dass wir gesagt haben, wenn das Konzept stimmt, wenn klargelegt ist, wer die Aufgabe macht, noch einmal, keiner von uns sagt, das muss jetzt sein, jeder will von uns, dass Integration besser klappt, dann kommen wir auch sicher zu einem neuen Weg, das werden wir heuer entwickeln und dann wird es wahrscheinlich nicht nur eine zweite Kraft geben, es arbeiten jetzt schon viele Menschen mit dem Thema der Integration auf Seiten der NGOs, es arbeiten aber auch viele Damen und Herren in unseren Ämtern, vom Wohnungsamt über Sozialbereich, vom Kinderbereich bis zum Schulbereich und wieder retour. Im Kulturbereich überall und da ist dann die Frage, ob wir hier unter Umständen auch Ressourcen zusammenführen, weil Sie wissen, auch ich habe Eckwertbudgets einzuhalten und bin sehr bemüht, dass wir den Personalstand nicht noch weiter und noch stärker aufblähen. Es ist das größte Problem, heute war auch schon einmal das Thema unserer Finanzen und Kanal, all das kommt noch, ich sage Ihnen, auch wenn unsere Vorgänger rechtzeitig, und das ist unser größtes Problem, die Pensionsvorsorge getroffen hätten, wenn man schon Jahrzehnte vor uns eine Pensionskasse gemacht hätte, dann hätten wir jetzt nicht 93 Millionen Euro in diesem Bereich aufzuwenden. Die Stadt Linz hat 32 Millionen, das sind 61 Millionen Differenz einer vergleichbaren Stadt, das ist das, was wir einsparen müssen und deswegen bitte noch zuzuwarten. Noch vor dem Sommer soll diese Konzeption, die

jetzt erarbeitet wird, dann auch mit allen Fraktionen diskutiert werden und dann wird es auch die Personalressourcen geben. Im Moment ist es nicht so, dass man zur Frau Köksal, sie bemüht sich eh, möglichst alles schon zu schaffen, aber ihr Hauptauftrag ist jetzt einmal Ordnung hineinzubringen in die Integrationspolitik der Stadt (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger:** Herr Bürgermeister Sie haben nicht das erste Mal von Lippenbekenntnissen zum Thema Integration in der Vergangenheit gesprochen, dann greifen wir das auf und schauen wir uns an, was damals passiert ist in der Zeit, die Sie mit Lippenbekenntnissen betiteln in einer Ära eines Bürgermeisters Alfred Stingl, schauen wir uns konkret an, welche Projekte im Integrationsbereich damals gesetzt wurden über viele Jahre hinweg initiiert wurden, neu geschaffen wurden. Das fängt bei der Förderung der Deutschkurse an, geht über die Einrichtung von Dolmetschdiensten, geht um Schaffung auch in Kooperation natürlich mit Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl Netzwerk, SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, die geschaffen wurden, das sind nicht alles Maßnahmen, die viel Geld kosten. Es wurde geschaffen oder die Förderung einfach für verschiedenste NGOs im Integrationsbereich ausgebaut. Es wurden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen mitinitiiert, es wurde die offene Jugendarbeit im Integrationsbereich geschaffen, es wurde im Bereich der Schulsozialarbeit auch bei Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl auch ein integrationspolitischer Schwerpunkt gesetzt, es wurde die Begleitung von Elternsprechtagen damals initiiert, es wurden damals die ersten Übersetzungen von Formularen und Ämterbroschüren und ähnlichen Informationen initiiert und umgesetzt. Das war alles in einer Zeit, die Sie als Lippenbekenntnisse und als quasi Versagen Ihres Vorgängers bezeichnen, der aber Bürgermeister und Sozialreferent war und nicht Integrationsstadtrat oder explizit Integrationszuständiger. Wir haben in unserem Wahlprogramm explizit formuliert gehabt die Forderung, dass auf Regierungsebene ein Regierungsmitglied ausgesprochen für Integrationsbereich koordinierend verantwortlich sein sollte, weil wir uns davon noch einmal ein verstärktes Vorgehen erhofft haben. Deswegen haben das unsere Verhandler und Verhandlerinnen auch in die Arbeitsvereinbarungsverhandlungen eingebracht, das ist erfreulicherweise auch aufgenommen worden und seit März 2003 sind Sie nun

Integrationszuständiger in dieser Regierung, dann würde ich mir wünschen, dass Sie seit drei Jahren, in denen Sie nun für diesen Bereich zuständig sind, auch nur annähernd so viel initiiert hätten beziehungsweise auch nur annähernd so ein Herzblut hineingelegt hätten in den integrationspolitischen Bereich wie Ihr Vorgänger, den Sie hier der Lippenbekenntnisse beschuldigen und bezichtigen, weil Tatsache ist, dass leider, das müssen wir bis jetzt einsehen, die Verankerung eines Integrationsressorts auf Stadtregierungsebene nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat und das unterstelle ich jetzt einfach, weil anders kann ich es mir nicht erklären, Ihnen die Integrationspolitik in dieser Stadt einfach zu wenig wichtig ist (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Stehen lassen tue ich das so sicher nicht. Liebe Frau Gemeinderätin, wenn es so dringlich ist, in dieser Stadt für Integration etwas zu tun und in den letzten Jahren alles so wunderbar und so toll wäre, dann frage ich mich, das passt irgendwie nicht zusammen. Es waren die Menschen und die Organisationen in der Stadt, die selber Hand angelegt haben, die sich zu Vereinen zusammengeschlossen haben und die zur Stadt gekommen sind und gesagt, bitte unterstützt uns dort oder da. Das ist gemacht worden in der Vergangenheit, so wie es heute gemacht wird und Sie haben ein paar Dinge vergessen aufzuzählen. Ich habe im Übrigen auch niemals meinen Vorgänger Alfred Stingl hier erwähnt, Sie haben das jetzt selber auf Tablett gebracht. Ich habe gesagt, dass dieser Gemeinderat, so wie er hier sitzt, nur Lippenbekenntnisse gemacht hat und sich nie zu einem Integrationskonzept durchgerungen hat, niemals eines vorgelegt worden ist von wem auch immer, das muss ich einmal sagen und es klappt eben vieles nicht in unserer Stadt. 44 % der Asylwerberinnen und Asylwerber der Steiermark sind in der Landeshauptstadt Graz mit 24 % der Bevölkerung der Steiermark, das ist ein wichtiges Thema, 44 % der Asylwerber sind nach Graz gekommen. Es hat nie der Gemeinderat auch Richtung Land oder sonst was versucht, zu einer Aufteilung zu kommen; wo sind diese Menschen hingekommen? In erster Linie in die Bezirke Lend und Gries, wo man nur zu einer Bezirksversammlung gehen muss, um mit den Problemen dort konfrontiert zu werden und, und, und. Es gibt viele Parallelgleise, die da fahren, jeder macht einen Deutschkurs, aber es hat noch keiner wirklich

hinterfragt, wie werden sie organisiert, könnte das nicht eine Organisation machen? Wir versuchen gerade einmal, überhaupt ein Organigramm zu erstellen aller Einheiten die es gibt, die auf dem Sektor arbeiten; unterstellen Sie mir bitte nie mehr, dass ich für Integration kein Herz hätte. Das ist mir ganz, ganz wichtig in dieser Stadt, weil ich glaube, dass die Völkerwanderungen, die unterwegs sind, so groß sind wie noch nie zuvor und gerade der urbane Raum ist davon betroffen und ich helfe jedem, ich bin der Mensch, der sich sogar dafür eingesetzt hat als erster Bürgermeister Österreichs, Sie können gerne alle anderen fragen, ob irgendwo sonst noch eine Stadt existiert, die Menschen hier Beschäftigung gibt, ich habe das versucht, es ist sogar gescheitert und ich sage Ihnen auch warum. Ich nenne jetzt wieder keinen Namen, aber Sie wissen es warum, wenn wir Menschen, die als Asylwerber hierher kommen, keine Aufgabe haben und vor der Tür sitzen und warten müssen, ob sie überhaupt einmal dableiben dürfen und ob ihre Familie einmal nachkommen können usw., dass man diesen Menschen dann geringfügige Beschäftigung anbietet, ich habe alle aufgefordert mitzutun, einige Kolleginnen und Kollegen haben es Gott sei Dank auch getan und dann gehen diese Menschen nach Hause und erfahren vom Land Steiermark, dass ihnen die Wohnungshilfen gestrichen werden, weil sie eh was verdienen. Das ist kontraproduktiv und für solche Dinge schmeiße ich mich rein und da kämpfe ich auch in Zukunft (*Applaus ÖVP*). Ich will haben, dass die Menschen, die zu uns kommen, hier wieder eine Lebensgrundlage haben, arbeiten sich integrieren und ich glaube, das ist die einzige Chance für so eine Stadt wie Graz, wo wir im Moment zirka 40.000 nicht österreichische Staatsbürger hier haben. Und ich bin auch immer der Erste, der sich vor die Ausländerinnen und Ausländer stellt, wenn diese Verunglimpfungen losgehen, wenn es da heißt, die wollen eh alle nicht arbeiten und, und, und. Wir haben es bewiesen, mit dem Thomas Rajakovics habe ich diese Aushanglisten sofort gemacht und es ist nur ein Beispiel. Ich bin jetzt wirklich sehr bemüht, das hat es vorher noch nie gegeben, auch einen interreligiösen Beirat für die Stadt Graz zu haben, er hat uns einmal schon sehr geholfen, ist mir ein ganz wichtiges Thema. Auch das Thema Menschenrechte und dass ich in einem Punkt eine andere Meinung habe und wir werden heute dann noch so einen Antrag haben, da werden wir gleich wieder über gewisse Medienaussagen dann diskutieren, wird eh gleich kommen, da werde ich mich auch noch einmal zu Wort melden. Aber werfen Sie mir bitte gerade im Gemeinderatssaal hier, aber auch draußen, niemals vor, dass ich kein Herz für

Menschen hätte, die zu uns kommen und arbeiten wollen. Sie haben gesagt, ich setze mich nicht dafür ein und noch einmal (*Applaus ÖVP*), der Grazer Gemeinderat braucht ein Konzept, und Frau Magister, ihr könnt mich wiederholt fragen, ich sage es noch einmal, weil Nausner es gestern gesagt hat, der Herr Pfarrer Nausner, Raum und Zeit für Entscheidungen und diesen Raum gebt mir bitte noch und auch die Zeit bis zum Sommer hin, es wird ein großes Forderungspaket sein, wir werden uns dann alle dazu bekennen müssen, ich sage das auch, es wird Ressourcen brauchen, es wird nicht so gehen.

***Zwischenruf GR. Schönegger: Das war wieder eine Lehrstunde.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Und in diesen drei Jahren ist viel geschehen. Ich kann Ihnen allein im Sportbereich Dinge erzählen, die es vorher dort nicht gegeben hat, die wir umgesetzt haben und vieles mehr, das wollte ich Ihnen nur sagen. Noch einmal, ich habe sehr, sehr viele Aufgaben und ich sage Ihnen, auch wenn Sie gesagt haben, es war im Arbeitsprogramm der Sozialdemokratie, dass das jetzt offiziell niemand hat, es hat sich keiner drum gerissen um das Ressort bei der Ämterverteilung und ich habe gesagt, es ist aus meiner Sicht auch Aufgabe des Bürgermeisters es zu tun und im Arbeitsübereinkommen habe ich auch gesagt, ich mache das gerne, weil ich glaube, dass der Bürgermeister eine Zuständigkeit hat auch für jene, die erst in ein paar Jahren dann fixe Grazerinnen und Grazer werden, weil sie auch den österreichischen Pass besitzen, bei uns arbeiten und integriert sind und das ist kein Lippenbekenntnis von mir. Messen Sie mich an den Taten, aber glauben Sie mir, die Frau Köksal bereitet was Gutes vor und wir werden zum Schluss alle gemeinsam froh sein, dass wir ein Integrationskonzept haben und noch einmal (*Applaus ÖVP*), ich gehe unter Garantie auch nicht auf meinen Vorgänger Alfred Stingl, den ich sehr schätze und der wahnsinnig viel in diesem Bereich getan hat, weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt, gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen, die da herinnen gearbeitet haben. Ich gehe da auf keinen los, ich sage nur, wir müssen uns endlich ein Integrationskonzept geben, dann werden wir das auch abarbeiten.

Wir haben weder eine Statistik, die ist abgeschafft worden und, und, und. Das sind alles Dinge, die wir wieder einführen.

## 7) Denkmal auf der Ries

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Ich habe noch eine zweite Anfrage und zwar betrifft es das Denkmal auf der Ries. Auf der Ries steht seit einigen Jahrzehnten ein Kreuz, das an die Deserteure erinnert, die in den letzten Tagen der Zeit des Nationalsozialismus ermordet worden sind.

Denkmäler müssen aber auch regelmäßig gepflegt werden und in diesem Fall ist es dringend erforderlich, die Inschrift zu erneuern, da sie fast nicht mehr leserlich ist. Wichtig wäre auch, eine Abgrenzung zur Straße hin vorzunehmen und durch Pflanzen verschönern zu lassen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu veranlassen, die notwendigen Arbeiten beim Denkmal auf der Ries durchführen zu lassen? (*Applaus KPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 8) Gewerberechtliche Genehmigungspflicht von Gastgärten

GRin. **Zeiler** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Zeiler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die gesundheitsschädigenden Auswirkungen von Lärm, insbesondere von Lärm in der Nacht, waren in diesem Haus bereits oftmals Gegenstand von Beratungen. Nach Aufhebung der gesetzeswidrigen Gastgartenverordnung des Landes durch den Verfassungsgerichtshof hätte der Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz in seiner Sitzung vom 7.4.2006 die Möglichkeit gehabt, die Voraussetzungen für einen vertraglichen Gastgartenbetrieb zu schaffen, um die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen, die in unserer Stadt leben, auch dann, wenn sie neben einem Gastgarten wohnen, zu schützen.

Die aktuellen Gestattungsverträge, welche die Stadt Graz als Verwalterin öffentlichen Gutes mit den Betreibern von Gastgärten abschließt, berücksichtigen bereits die am 7. April 2006 mehrheitlich vom Stadtsenat beschlossene „Verordnung zur Gewerbeausübung in Gastgärten“.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Unterliegen Gastgärten auf öffentlichem Grund, welche nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 3 Gewerbeordnung betrieben werden, auch einer gewerberechtlichen Genehmigungspflicht nach § 74 Gewerbeordnung oder ist für den Betrieb eines Gastgartens auf öffentlichem Gut vom Betreiber lediglich eine straßenrechtliche Bewilligung erforderlich? (Applaus KPÖ).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 9) Abräumarbeiten in Gastgärten

GRin. **Zeiler** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Zeiler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die aktuellen Gestattungsverträge, welche die Stadt Graz, wissen Sie eh schon, das lasse ich jetzt weg, das habe ich gerade vorgetragen. Sie enthalten die Bestimmung, dass die tägliche Offenhaltezeit vom 15. Juni bis 15. September von 08.00 Uhr bis 23.30 Uhr und in der übrigen Zeit von 08.00 Uhr bis 23.00 Uhr festgesetzt wird. Aber dann steht noch, die erforderlichen Abräumarbeiten haben im unmittelbaren Anschluss daran so zu erfolgen, dass es zu keiner Lärmbelästigung kommt und dürfen nicht länger als maximal 20 Minuten dauern. Es tut mir Leid, das heute schon wieder fragen zu müssen, es war schon mehrmals Gegenstand, aber es hat sich leider nichts geändert.

Die in den straßenpolizeilichen Bewilligungen angeführten Rechtsgrundlagen §§ 82 Abs. 1 und 5 StVO bilden keine hinreichende Rechtsgrundlage, wonach die erforderlichen Abräumarbeiten im unmittelbaren Anschluss nach dem Ende der täglichen Offenhaltezeit erfolgen dürfen.

Vielmehr möchte ich erneut, wie ich das schon mehrmals getan habe, auf das Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit vom 28. April 2003 verweisen:

„Es wird hierorts davon ausgegangen, dass auch Abräumarbeiten dem Betrieb eines Gastgartens hinzuzurechnen sind und daher innerhalb der zulässigen Zeiten erfolgen müssen. Eine zusätzliche Toleranzgrenze gibt es nicht.“

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Nennen Sie bitte jene gesetzliche Bestimmung, auf Grund welcher die erforderlichen Abräumarbeiten in Gastgärten im unmittelbaren Anschluss nach dem Ende der täglichen Offenhaltezeit erfolgen dürfen. Danke (*Applaus KPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **10) Schaltergebühr für Selbstzahler bei der Energie Graz**

GRin. **Schönberg** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schönberg**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Seit 1. April müssen Stromkundinnen und Stromkunden der Energie Graz am Schalter eine Gebühr von Euro 1,50 zahlen, wenn man bei der Energie Graz die Stromrechnung bar einbezahlt. Vor allem ältere Menschen machen von dieser Möglichkeit Gebrauch und sind jetzt verärgert.

Bei einer Stromrechnung von Euro 22,-, wie in einem konkreten Fall, macht diese Gebühr immerhin 6,8% aus. Wenn es – wie uns gesagt wurde – jährlich insgesamt 35.000 Bareinzahlungen gibt, beträgt das Körpergeld der Energie Graz aus dieser neuen Gebühr pro Jahr immerhin Euro 52.500.

Ältere Menschen in unserer Stadt sind nicht gerade mit Reichtümern gesegnet. Deshalb sollte das Management diese Frage noch einmal überdenken..

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, die Kritik an dieser Schaltergebühr aufzugreifen und sich beim Management der Energie Graz dafür einzusetzen, dass diese Schaltergebühr wieder abgeschafft wird? (*Applaus KPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 11) Café Promenade

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das Café Promenade ist mit seiner Geschichte, die bis ins Jahr 1870 zurückreicht, eines der letzten gepflegten Traditionskaffeehäuser der Stadt Graz. Es ist beliebter Treffpunkt von Menschen jeden Alters und beheimatet unzählige Stammgäste, die speziell das angenehme Ambiente und die Nähe zum Stadtpark zu schätzen wissen.

Nun verdichten sich sämtliche Hinweise darauf, dass das Café vor dem Aus steht und von den BetreiberInnen wirtschaftlich nicht mehr in die schwarzen Zahlen gebracht werden kann. Die Fortführung des Kaffeehausbetriebes ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen und in dieser Form aus ökonomischer Sicht offensichtlich nicht mehr möglich.

Letzter Hoffnungsschimmer für das „Promenade“ ist, dass das Gebäude, in dem sich das Café befindet, im Eigentum des Landes Steiermark steht und ein Entgegenkommen bei der Bemessung des Mietzinses den Fortbestand des Traditionsbetriebes absichern kann.

Da die Schließung des Café Promenade für die Grazer Kaffeehauskultur ein unwiederbringlicher Verlust wäre und ich glaube auch für den Stadtpark in seinem Gesamterscheinungsbild und die Stadt Graz alles ihr Mögliche unternehmen muss, um seinen Erhalt zu bewirken, stelle ich an dich, Herr Bürgermeister, heute die

## **A n f r a g e :**

Bist Du bereit, mit Landeshauptmann Franz Voves und Finanzlandesrat Buchmann in Verbindung zu treten, um in Hinblick auf den Erhalt des Café Promenade ein Entgegenkommen des Landes Steiermark bei der Bemessung des Mietzinses für das Lokal zu erwirken?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Also zur Zuständigkeit, es liegt klar im Verantwortungsbereich des Herrn Landeshauptmann Franz Voves, ich bin gerne bereit, da auch einmal noch nachzulegen. Es hat einen Brief schon gegeben von Stadtrat Eisel-Eiselsberg. Ich denke mir, also leicht tue ich mir nicht dabei, in die Mietverhandlungen jetzt einzusteigen. Ich weiß auch nicht, wie hoch die Miete tatsächlich dort oben ist, wie das geführt wird, ob es dann eh eine Nachfolge gäbe und vieles mehr, aber ich nehme mich auch dieser Sache an und werde einmal fragen, ob es da eine Lösung gibt.

### **12) Verkauf des Grazer Kanalnetzes**

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Ich habe schon gehört von einem Kollegen von der ÖVP, der Kanal ist für den Kanal, weil der ist uns anscheinend nur allein wichtig und sonst niemandem, deswegen bleibe ich aber trotzdem dabei, dass wir den heute als durchaus wichtige Frage hier herinnen wiederholt behandeln. Auch deswegen, weil wir ja nie wissen, ob wir bei der Fragestunde auch wirklich drankommen zum Beispiel. Auch an Sie, Herr Bürgermeister, eine Anfrage in diese Richtung. Für uns stellt sich ganz wesentlich die Frage, was würde eine Verlagerung des Kanals im Sinne einer kommunalpolitisch so bedeutsamen Frage wie der Versorgung, der Sicherstellung und der kommunalwirtschaftlichen Konsequenzen bedeuten? Wir

haben eben wieder nur durch die Medien erfahren, was ungefähr geplant ist und deswegen an Sie nun die

### **A n f r a g e ,**

sind Sie in der Lage, den Gemeinderat hier und jetzt über die politische Motivation und Zielsetzung des geplanten Verkaufs des Grazer Kanalnetzes, insbesondere in Hinblick auf die Sicherung kommunaler Grundversorgungsaufgaben, zu informieren?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das tue ich sehr, sehr gerne, der Beweggrund, wieso wir da überhaupt darüber diskutieren liegt in unseren Bemühungen der Konsolidierung unseres Haushaltes. Wir haben kein Geheimnis daraus gemacht, dass wir zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten eine Vereinbarung getroffen haben, wo wir uns vornehmen, bis zum Jahr 2010 zu keiner Neuverschuldung zu kommen. Sie wissen, dass wir auch eine ordentliche Lücke im Haushalt haben und dass bei allen Bemühungen einzusparen und da gibt es dann auch heftig Kritik bei all den Dingen, wo wir einsparen. Dass wir aber trotzdem bemüht sind, in der Zwischenzeit noch das eine oder andere Produktfeld der Stadt Graz auszulagern und das geht nicht nur in Richtung der Grünen jetzt, sondern auch in Richtung der KPÖ, die das immer wieder in diversen Blättern auch der Grazer Bevölkerung so als Ausverkauf schildert und Privatisierung schildert. Ich möchte betonen, dass all das, was wir bislang an Gebäuden oder Infrastruktur woanders hinverlagert haben, eine Finanzierungsmaßnahme war, die unter anderem auch die eine oder andere Synergie auslöst und uns sparen hilft. Wir haben niemals etwas verkauft, und da kommen wir zum Thema der Daseinsvorsorge und ich habe teilnehmen dürfen bei einem Abendessen und Empfang des Ministers Bartenstein und des Herrn Landeshauptmann Voves im Schloss Eggenberg und ich bin gesessen neben jener Dame, die hauptverantwortlich auf der Verwaltungsebene diese Daseinsvorsorge jetzt für die EU aufbereitet hat und da habe ich Zeit gehabt einen ganzen Abend darüber zu diskutieren und unter diesen Begriff Daseinsvorsorge versteht anscheinend jeder Mensch wieder was anderes, selbst unter den Fraktionen europaweit kommt eine Kompromisslösung jetzt nur zustande, die viele Probleme

aufwerfen wird in den nächsten Jahren. Ich möchte aus meiner eigenen Sicht als Bürgermeister ein paar klare Feststellungen treffen. Es gibt Dinge, die gehören für mich zur öffentlichen Daseinsvorsorge, die brauchen wir niemals liberalisieren, die brauchen wir nicht privatisieren, die müssen wir im eigenen Bereich gut führen, nämlich weil wir eine Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern haben. Dazu gehört für mich der Wasserbereich, über einen Verkauf von Wasser sollte überhaupt niemand bei uns in Politik und Verwaltung nachdenken, das ist allgemeines Gut und gehört der Bevölkerung von Graz (*Applaus ÖVP*). Ich bin ebenso der Meinung, dass der gesamte Abwasserbereich niemals in private Hände gelangen soll und ich habe auch diesen Besuch zum Anlass genommen, um dem einen oder anderen Minister zu sagen, sie sollen sich überlegen, wie man unseren Kolleginnen und Kollegen im ehemaligen Ostblock, unseren neuen Nachbarn und zukünftigen Nachbar in der EU helfen kann, damit jetzt nicht private Investoren kommen, das Wasser und das Abwasser, weil sie so ein Nachholbedarf haben, ihnen abnehmen und sie niemals die Chance bekommen werden, das auch zurückzubekommen, da gehören Förderprogramme der EU her, die den Kommunen helfen, in Vorlage zu treten und das vielleicht über Jahre wieder abzustatten. Der dritte Bereich, der für mich zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört, ist der Verkehr. Ich sage Ihnen, ich tue mir auch schwer damit, manchmal denke ich mir, ein bisschen eine Konkurrenz schadet nicht, dann strengen sich auch unsere eigenen Werke an. Aber wenn man dann anfängt, jede Linie einzeln auszuschreiben und sich dann private Unternehmungen nur die Gustostückerl herauszuschneiden und alles filetieren und dann die Linien überlassen, die eben nicht rentabel sind, dann wird sich unser Defizit nur vergrößern und dagegen bin ich auch.

***Zwischenruf GR. Herper: Gut gebrüllt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: So, das sind einmal drei Bereiche, ich glaube, dass wir gut beraten sind, dieses Thema zu diskutieren, gerade aus kommunalpolitischer Sicht sehe ich auch im Städtebund überhaupt keinen großen Unterschied zwischen den Fraktionen,

wir machen fast alle Petitionen gemeinsam und schauen, dass wir da hinkommen. Zum Thema Kanal in Graz. Ich habe die Ehre gehabt, vor ungefähr 14 Tagen in unser Kanalsystem einmal hinabzusteigen, wer es noch nicht gemacht hat, es ist empfehlenswert sich anzuschauen, weil unser Kanalbauamt hervorragende Arbeit geleistet hat in den letzten Jahren und unser Kanal, ich sage es einmal schlichtweg, sehr, sehr gut beieinander ist, sehr wohl gibt es aber große Investitionsbrocken, die auf uns warten auf Grund neuer gesetzlicher Regelungen. Und dass wir im Moment eine Kläranlage bauen mit einem Anschlusswert von 500.000 Haushalten, es sind und es wird nur in Haushalten gerechnet, aber im Prinzip, weil auch die Industrie und die Unternehmungen dabei sind, haben wir eine der modernsten Anlagen dann der Welt. Das Problem, das wir noch haben, ist beim laufenden Betrieb, das alles in der Größenordnung umzubauen, da haben wir eh genügend Diskussionen auch immer wieder bei Vergabeausschüssen und beim Projekt-Management dort, auch das sollte in öffentlicher Hand bleiben. Wir reden, jetzt darf ich das auch namens der Sozialdemokratie sagen, in unseren Arbeitsübereinkommenssitzungen nur darüber, ob der Kanal bei der Stadt Graz bleibt oder ob er in eine Gesellschaft hinauskommen soll, die dominiert ist zu 100 % von der Stadt Graz, also der Kanal wird nicht privatisiert. Und ich habe den Herrn Magistratsdirektor gebeten, weil es eine Querschnittsmaterie mehrerer Ämter ist, dass wir gemeinsam mit den Stadträten Rüschi, dem Stadtrat Dr. Riedler und den zuständigen Beamten eine Unterlage auf den Tisch bekommen, eine erste haben wir schon bekommen, die uns einmal alles zeigt, was da auf uns wartet. Das heißt, wir brauchen es auf der einen Seite als Geldbeschaffung für die nächsten Jahre, wir wollen trotzdem schaffen, dass Synergien genutzt werden, gemeinsame Abrechnungen vielleicht, gemeinsame Aufgrabungsfestspiele, da kann man noch Geld, ich sage, einsparen und ein bisschen die Situation verbessern. Aber das wird abhängen vor allem von der von Herrn Dr. Riedler schon angeschnittenen Problematik des Vergaberechtes, des europäischen. Wir wissen, und der Herr Magistratsdirektor und die Frau Mag. Fasch, die diese Arbeitsgruppe leitet, hat uns klar und unmissverständlich gesagt, dass ja schon viele Städte rückabwickeln mussten auch im eigenen Bereich, manchmal auch bei PPP-Modellen, das wollen wir gar nicht tun. Und solange wir keine Lösung gefunden haben auf der Regierungsebene, bitte ich auch um Verständnis, dass wir, bis wir das Projekt haben, nicht über ungelegte Eier da gackern wollen und sobald es soweit ist, wird es einer Diskussion... Wir nehmen uns da aber nicht aus der

Verantwortung heraus und sagen, jetzt geht es nur um das Geld, nein, da geht es um die Gebührenhöhe, die wir haben wollen, sonst ist es ganz leicht, du kannst immer was verkaufen, wenn der dann aus einer Monopolstellung heraus den Bürgern alles abnehmen kann, dann ist das keine Kunst, das könnten wir selber auch, also das sind nicht die Beweggründe. Wir brauchen ein Geld, es soll in eine Tochter maximal der Stadt Graz kommen. Wer den Betrieb macht usw. ist alles nicht geregelt, das Europarecht schreibt uns vor, dass wenn wir ausschreiben, offen ausschreiben wollen und das wollen wir und werden wir so nicht tun, ich glaube, das kann ich auch namens beider Fraktionen hier sagen und das kann dann vielleicht ein bisschen dazu beitragen, dass ein bisschen Ruhe einkehrt. Investitionsprogramme warten große auf uns, weil es neue Bestimmungen gibt, die es notwendig machen, dass die Abwässer auch bei Hochwasser oder bei starken Regengüssen nicht direkt in die Mur hinaus dürfen, bislang war das machbar, wenn wir da jetzt quasi Zwischenspeicher schaffen müssen, das ist ein Programm über das möchte ich momentan von Finanzseite nicht einmal nachdenken, sonst ist unser Kanal wirklich tiptop in Ordnung und zu meiner Überraschung stinkt es da unten auch gar nicht so, wie man sich das vorstellt. Ich hoffe, damit ausführlich geantwortet zu haben (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Danke einmal. Ich werde jetzt an dieser Stelle durchaus überraschend einmal was Positives sagen, nämlich, das was ich durchaus erlebe. und gerade wenn man sich mit anderen Städten und den Entwicklungen dort beschäftigt, dann gibt es in Graz durchaus eine hohe Sensibilität im Umgang mit dem, was wir unter Daseinsvorsorge verstehen. Also das ist etwas, wenn ich mir anschau, was an Experimenten zum Thema Cross-Border-Leasing in anderen, auch österreichischen Städten schon alles passiert ist und auch schiefgegangen ist, in deutschen Städten erst recht bei dem Bereich Kanal und Wasser, dann sehe ich, dass in Graz durchaus ernst gemeinte Bemühung da ist, in diesem Bereich so sensibel wie möglich vorzugehen, das kann ich da auch einmal als Grüne sagen, das ist aber auch der Grund, warum wir Grüne in so einer Diskussion nicht nur über die Medien informiert werden wollen, genau dieser Grund, dass wir uns da ernsthaft und konstruktiv in diese Diskussion einbringen wollen, was ist die beste Lösung. Und der zweite Grund ist einfach der, dass ganz offensichtlich wir am Ende unserer

Fahnenstange angelangt sind, was das Stopfen unseres Budgetlochs anbelangt und für uns das große Fragezeichen nach wie vor stehen bleibt, was kommt danach. Es sind, wenn man den Kanal jetzt verschieben will, ich sage nie verkaufen, ich sage nie privatisieren, weil ich weiß, dass das ein Unterschied ist, was passiert als Nächstes und diese Frage ist ein Damoklesschwert, das über uns schwebt und wo wir einfach mehr wissen wollen und deswegen sind wir da so penetrant und lästig auch weiterhin (*Applaus Mag. Candussi*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, noch einmal, wir haben aber einen klaren Fahrplan einmal versucht überhaupt einmal auf die Beine zu stellen, der ist hart genug und ich sage dann, es ist aber auch die Problematik, der wir uns auch bewusst stellen in der Regierungsverantwortung, dass wir sagen, wenn wir einsparen müssen, wenn wir als Bittsteller, und was anderes sind wir halt leider nicht, weil wir keine Finanzhoheiten fast selber mehr haben, bei Land und Bund immer wieder antraben müssen, können wir nur versichern, im Moment schaut es zumindest so aus, als wolle man der Stadt Graz helfen. Einfach ist das nicht, weil Extrawürste kann es in einem Finanzausgleichssystem nicht geben und vieles mehr, das ist das eine Thema, das zweite ist, wir haben gesagt, wir müssen diese 55 Millionen bis 2010 im ordentlichen Haushalt noch einsparen, wir müssen uns bei den Ausgaben, auch bei den Wünschen, die jeder Einzelne von uns auch als Regierer hat und die Fraktionen haben ordentlich zurücknehmen müssen, wenn es ums Investieren geht und wir werden in der Zwischenzeit bis 2010, wo die Verschuldung dann gestoppt ist, eben noch ein paar Einnahmen lukrieren müssen und weil wir halt gewisse Bereiche gar nicht angreifen wollen, muss man schauen, was bleibt überhaupt noch über und unter anderem ist da der Kanal dabei als Finanzbeschaffungsmaßnahme, aber es arbeiten dort über 100 Beschäftigte bei unserem Kanalbauamt, die machen eine gute Arbeit, das Werkl läuft, es ist alles sauber, ich habe mir das, wie gesagt, jetzt unlängst erst angesehen, man kann stolz darauf sein, die Kanäle sind in Ordnung, wir machen Bauabschnitt einen nach dem anderen, nach wie vor sind sie bedeckt und finanziert und ich bitte, einfach auch die Geduld zu haben in dem schwierigen Prozess eines Konsolidationsweges, wie wir ihn jetzt gehen, dass Sie da nicht jede Botschaft, die irgendwo in einer Zeitung steht, noch einmal, wir haben die größte

Zeitungs- und Mediendichte aller Städte in Österreich, jeden Tag suchen Journalisten irgendwelche Geschichten. Wenn nur einmal über eine Sache diskutiert wird, gehen immer gleich die Wogen hoch. Ich glaube, wir gehen verantwortungsvoll damit um, Kollege Riedler macht uns da sehr behutsam Vorschläge, die überhaupt möglich sind, gemeinsam mit dem Herrn Dr. Kamper und deswegen müssen wir über das Thema reden, aber noch einmal, keiner von uns beabsichtigt, einen Kanal zu verkaufen, der gehört den Bürgerinnen und Bürgern, in der Zwischenzeit, wenn man so sagen darf, wird er belehnt (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich bedanke mich für die Anerkennung, dass wir in diese zeitweise sehr verlockenden Cross-Border-Leasing-Projekt nicht eingestiegen sind, die Versuchung war groß. Inzwischen wird das Wort gar nicht mehr verwendet, im kommunalen Zusammenhang zumindest nicht mehr, weil sich auch diese Gesetzeslücke in Amerika mittlerweile offenbar geschlossen hat und ich ersuche auch die Fraktionen dieses Hauses, bei aller berechtigten Kritik und Hinterfragung der Projekte und Vorgänge in der Stadtregierung doch das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten und nicht vor allem Sorgen zu streuen, die tatsächlich dann unberechtigt sind, nachdem es der Herr Bürgermeister gesagt hat, glaube ich, ist es noch einmal deutlicher geworden und um einen Verkauf sozusagen, wenn man das gemeinhin als Übertragung an Fremde versteht, geht es tatsächlich nicht, sondern es geht um die Frage, gibt es eine bessere Organisationsform, die uns möglicherweise im Konsolidierungsprozess noch unterstützen kann? Nichts anderes wird von mir jedenfalls vorgeschlagen werden und wir werden auch versuchen, gemeinsam alle möglichen Risiken, soweit es irgendwie geht, auszuschließen und einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Ich sage noch einmal, eine grundsätzliche Diskussion ist nicht nur erlaubt, sondern auch erwünscht. Ich fürchte nur, sie wird sehr langweilig, weil wir in den wesentlichen Punkten, meiner Auffassung nach, nicht weit auseinanderliegen werden.

GR. **Schmalhardt**: Ich muss mich, glaube ich, da ganz kurz zu Wort melden. Die Verunsicherung passiert ja nicht von diesen Fraktionen, die Sorge um den Kanal haben, sondern von den zwei großen Regierungsparteien, die bis zum heutigen Tag mit den Informationen sehr spärlich für die Grazer Bevölkerung und insbesondere des Grazer Gemeinderates waren.

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Hast jetzt zugehört oder nicht?***

GR. **Schmalhardt**: Der Herr Bürgermeister hat versucht, offene Worte zu finden, aber sie sind auch für den Herrn Bürgermeister in dieser Sache Kanal schwer zu finden, weil es halt sehr schwierig ist, auf der einen Seite geht es in Wirklichkeit nur um das, um die zirka 230 Millionen Euro, die noch bei den Grazer Stadtwerken veranlagt sind, die sollen zum Teil berechtigt oder unberechtigt zur Schließung der Budgetlücke dienen und dazu muss ein sehr fragwürdig oder schwieriges Konstrukt gewählt werden, dass wir einen Betrieb, der hervorragend arbeitet, wie wir hören, der gut dasteht, satte Gewinne schreibt, in ein Konstrukt schieben, dass nicht einmal die Fachleute uns sagen können, wie kann das Konstrukt ausschauen. Deshalb haben wir die Sorge, dass mit unserem Kanal etwas passieren kann. Wenn Sie mir heute ein Konstrukt erklären können, lieber Herr Bürgermeister, lieber Sigi, das hieb- und stichfest ist, dann ist meine Sorge umsonst gewesen, dann bin ich sehr froh, aber deine Ausführungen haben meine Sorge noch verstärkt, weil wenn über Monate hindurch die Fachleute der Stadt Graz, die Spitzenpolitiker, die Verantwortlichen an einem Konstrukt feilen und noch immer kein Ergebnis finden, dann läuten bei mir halt die Alarmglocken. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Es fordert natürlich wirklich heraus, sich auch zu Wort zu melden. Lieber Kollege Schmalhardt, du bist da jetzt so sanft herausgekommen und hast eine Sorge zum Ausdruck gebracht. Auf der anderen Seite, wenn man euer Stadtblatt

aufschlägt, dann trennt ihr ja sehr deutlich die Einrichtungen der Stadt, du kommst nämlich gerade aus dieser, aus den Stadtwerken, und für euch ist alles das, was in Zusammenarbeit mit Stadtwerken steht, auch gleichzeitig so etwas wie Privatisierung. Ihr verunsichert in Wirklichkeit die Grazerinnen und Grazer (*Applaus ÖVP und SPÖ*), und du bist nämlich einer derjenigen, der einen guten Zugang zu allen Kanälen, also nicht nur zum Kanal, sondern zu allen Kanälen in der Landeshauptstadt Graz hast und daher weißt du ganz genau, worüber wir diskutieren und wenn wir das tun in einer Verantwortung, damit wir die Zukunft sichern und wir sehen die Stadtwerke, nämlich im Sinne der Entsorgung und Versorgungssicherheit in unserer Landeshauptstadt auch für die Zukunft als eine Einheit mit der Stadt. Und jetzt gibt es schwierige Zeiten, die wir gar nicht allein nur verursacht haben, sondern bedingt auch durch bundespolitische steuerliche Entscheidungen, wo eigentlich immer mehr Aufgaben an die Städte verlagert werden, aber wir immer weniger Einnahmen haben und um eigentlich auch die sozialen Einrichtungen, wofür Ihr auch steht, auch in Zukunft zu sichern, denken wir intensiv nach, wie wir diese auch künftig finanzieren können, auch im Sinne unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deswegen gehen wir, glaube ich, gemeinsam jetzt, und das ist legitim für die Regierungspartner, verantwortungsbewusst um und wenn wir tatsächlich auch ein Konstrukt und klare Zielsetzungen am Tisch haben nach einer Diskussionsgrundlage, dann werden wir natürlich das selbstverständlich transparent und mit allen Fraktionen diskutieren und ich bin sehr froh, dass die Kollegin Rücker hier durchaus eine andere Perspektive als die KPÖ hat, nämlich sie sieht auch die Gesamtverantwortung, aber klar ist auch, man muss einmal etwas am Tisch haben damit man sachlich auch diskutieren kann und das durchaus politisch beleuchten. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Und wieso keine Entscheidung gefallen ist, mach dir bitte keine Sorgen, dass da, wenn so lange daran gefeilt wird, der Herr Magistratsdirektor, Frau Mag. Fasch haben uns relativ schnell mitgeteilt, dass das, was wir eigentlich wollten, und ich habe die Synergien aufgezeigt, wo kannst du viele Synergien gewinnen, aufgraben, gemeinsam abrechnen, Wasser, Abwasser, wäre doch vernünftig zu unseren Stadtwerken, das geht aber nicht, weil es eine Aktiengesellschaft ist. Wenn man es rübergibt, muss man das rückabwickeln, wenn man es ausschreibst, musst

du es öffentlich ausschreiben, also geht es nicht und deswegen denkt man die ganze Zeit darüber nach, welche Lösung noch gefunden werden kann. Das ist eigentlich der ganze Hokuspokus und das ist es, das ist unser größtes Problem, wir können und wollen es nicht ausschreiben, wir hätten es aber ganz gerne in Richtung Stadtwerke bewegt, weil dort Synergien zu finden wären. Und die Stadtwerke warten drauf, brauchen wir eh nur an die Diskussion erinnern und da steigt auch die KPÖ dann immer ins Rennen, nicht vergessen, wir haben neue Geschäftsfelder versprochen etc. das ist eines, das die Stadtwerke gerne hätten (*Applaus ÖVP*), wir wissen, dass es helfen kann, aber es geht halt im Moment nicht, weil wir durch die EU-Rechte dazu gezwungen sind, uns etwas Neues einfallen zu lassen und darüber gibt es zwar ein paar Ideen, aber noch keinen Konsens, sobald der einmal als Idee fertig ist, werden wir ihn weiterdiskutieren (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Wir werden das genau beobachten, wie dieser Prozess weitergeht, aber das wisst Ihr eh.

### **13) Ihre Aussagen zur Kinderbetreuung**

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Die nächste Anfrage geht in eine ganz andere Richtung. Es geht um Kinderbetreuung. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe gestern beim Einstieg ins Internet meine Startseite geöffnet, meine Startseite ist wie bei vielen anderen Frauen auch *dieStandard.at* und Ihnen wurde dort vorgeworfen, dass Sie bei einer Veranstaltung Müttern unterstellt hätten, sie würden eine Kinderkrippe missbräuchlich verwenden, indem sie – nachdem sie ihre Kinder abgeben, ins Café rauchen gehen. Nun haben Sie mich gestern, nachdem ich eine Presseaussendung dazu gemacht habe, darauf hingewiesen, dass Sie so nicht richtig zitiert worden sind. Ihr Pressereferent hat mir dann dankenswerterweise Ihre Rede vorlage zukommen lassen und jetzt habe ich mir diesen Text genau angeschaut und es veranlasst mich

trotzdem, näher nachzufragen. Auch wenn ich das Problem sehr wohl sehe, dass Aussagen, die aus dem Zusammenhang gerissen werden, immer nur ein einseitiges Bild darstellen, das erleben wir alle miteinander täglich in der Politik, was öffentliche Rezeption von politischer Arbeit anbelangt, aber ich fühle ich mich auch nach dem Studium Ihrer Redevorlage dazu veranlasst, noch genauer nachzufragen. Warum? Weil es nicht das erste Mal ist, dass Sie mit Aussagen aufhorchen lassen, in denen Sie bestimmte Menschengruppen, zufällig immer solche, die gesellschaftlich ausgegrenzt werden, in einem Licht darstellen, das ich als diskriminierend erlebe, auch persönlich. Und Sie sind nicht irgendjemand, sondern der Bürgermeister aller GrazerInnen, wie Sie oftmals betonen und in dieser Funktion kommt Ihnen eine besondere Verantwortung zu, die Sie aber schon bisher, mein Kritikpunkt, über die Formulierungen, die auch bisher schon unglücklich von Ihnen getätigt wurden. Und deswegen frage ich mich, mit welcher Motivation Sie in einer Ansprache, ich habe die gesamte Ansprache durchgelesen, in der Sie sehr positiv und wertschätzend über die Arbeit von PädagogInnen sprechen, in der Sie auch den notwendigen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen insbesondere für Kinder von 0 bis 3 betonen, ein Negativbeispiel heranziehen einer im Kaffeehaus tratschenden und rauchenden Mutter, die ihr Kind in einer Krabbelstube schlecht versorgt abgibt. Warum müssen Sie dieses Negativbeispiel da einbauen? Sie gehen im gleichen Kontext auch darauf ein,...

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Unglaublich.***

GRin. **Rücker:** Darf ich fertig reden und dann können wir diskutieren, deswegen stehe ich auch hier. Sie gehen im gleichen Kontext darauf ein, dass nur jenen Eltern ein Kinderbetreuungsplatz zustehen sollte, die diesen auch wirklich benötigen. Wie, Herr Bürgermeister, stellen Sie das fest? Fällt Ihnen nicht auf, dass Sie mit diesem Bild, das in Österreich in unser aller Köpfe leider sehr stark verankerte Bild der Rabenmutter fortschreiben. Genug Mütter kämpfen genau mit diesem Bild, weil es in Österreich noch immer eine gesellschaftliche Haltung gibt, die Müttern vorwirft, dass

sie zwecks Selbstverwirklichung oder unter Anführungszeichen „Karrieregeilheit“ ihre Kinder abschieben. Ich habe viele Wiedereinsteigerinnen und ich erlebe es noch immer täglich, die genau deshalb mit einem schlechten Gewissen kämpfen und dann damit sich im Wiedereinsteig extra schwer tun. Und da hätte ich mir gerade von Ihnen, weil Sie ja gerade wieder Vater geworden sind, etwas mehr Fingerspitzengefühl erwartet. Es ist evident, dass es zu wenige und vor allem zuwenige leistbare Kinderbetreuungsplätze gibt für kleine Kinder. Das zu ändern, ist unser aller politischer Auftrag. Und es ist deswegen nicht in Ordnung, dass Sie als Bürgermeister diesen offensichtlich politisch verursachten Mangel dazu verwenden und auszugleichen versuchen, indem Sie sogenannte gute Mütter oder Eltern schlechte oder weniger verdienten Eltern gegenüberstellen und das lese ich auch aus Ihrer Redevorlage heraus, tut mir Leid, also das hatte ich nicht aus der standard.at sondern ich habe Ihre Redevorlage hier als Grundlage und aus diesem Grund stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e :**

Wie dürfen die Mitglieder des Gemeinderats und die betroffenen Eltern unter uns die von Ihnen getätigten Aussagen verstehen? (*Applaus Grüne und GRin. Edlinger*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin Ihnen eigentlich dankbar, dass wir heute das zum Thema haben, weil so etwas zieht unheimlich schnell Kreise immer wieder und ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich war sehr überrascht. Ich bin am Samstag eingeladen gewesen bei einer Lehrertagung, über 350 Lehrerinnen und Lehrer waren, glaube ich dort, ich bin gebeten worden, dort Grußworte zu sprechen, ein bisschen auf das Thema Kindererziehung, Schule, Kindergarten, Krabbelstube einzugehen, das habe ich gerne gemacht und dann erlebe ich auf einmal so was wie stille Post. Sie kennen das Spiel vielleicht, es wird ein Stück genommen und dann immer weitergesagt und auf einmal kommt ganz was anderes an, als man eigentlich ausgedrückt hat. Und ich werde Ihnen jetzt auch sagen, was ich dort gesagt habe und ich habe Gott sei Dank als Zeugen auch dort 300 Lehrerinnen und Lehrer und habe auch schon mit einigen gesprochen, die gesagt haben, wir würden das auch jederzeit bestätigen, es

war eigentlich unglaublich, dass ich mit einem Satz von einer Lehrerin an eine Redakteurin dieser Internetseite, die ich bislang nicht kannte, ich werde sie jetzt öfter anschauen, dann mit einer Zitrone ausgezeichnet worden bin, weil das meine Meinung wäre. Sie haben dann gestern, glaube ich, oder vorgestern auch darauf reagiert politisch und haben eine Presseaussendung gemacht, wo dieses Stille-Post-Spiel gleich weitergegangen ist und auch die Vorurteile, die es manches Mal meiner Fraktion gegenüber gibt, einfach verlängert haben. Ich darf Ihnen den Satz zitieren, den Sie geschrieben haben, der gefällt mir nämlich ganz gut: „Zieht Bürgermeister Nagl nun auch gegen Mütter ins Feld, die ihre Kinder auf Kinderbetreuungsplätzen unterbringen würden und dann rauchend im Kaffeehaus zu sitzen, statt zu Hause hinter dem Herd zu stehen“, ist Lisa Rücker von den Grazer Grünen über die jüngsten Worte des Bürgermeisters aufgebracht. Jetzt haben wir Ihnen eine Vorlage auch schon gestern gegeben, ich habe gesagt, wir reden uns heute da aus, dass das vielleicht ein für alle Mal aus der Welt geschaffen wird. Ich habe mich gerade auch in den letzten Wochen und Monaten sehr dafür interessiert, wie wir es schaffen können, weil ich von der Kollegin Tatjana Kaltenbeck-Michl als engagierte Kämpferin den Hinweis bekommen habe, dass es eine EU-Richtlinie gibt, noch einmal, Bürgermeister hat viel zutun, in allen Ausschüssen bin ich nicht, die EU-Richtlinie sagt eben aus, dass wir einen ganz anderen Grad der Kinderbetreuung auch für unsere Kleinsten brauchen. 33 % haben wir bis zum Jahr 2010 zu schaffen und wir liegen im Moment unter 15 %. Jetzt werden wir in diesem Gemeinderat Abhilfe schaffen, wir werden uns noch einiges vornehmen engagiert gemeinsam mit dem Land Steiermark und ich habe gesprochen vom Solidaritätsprinzip und vom Subsidiaritätsprinzip, weil ich einmal einer christdemokratischen Fraktion angehöre und die christliche Soziallehre sagt einmal aus, dass man denen helfen sollte oder helfen muss, die sich nicht helfen können, dass wir aber auch gleichzeitig Subsidiarität einfordern, sprich, dass wir den Menschen, die sich selbst helfen können, auch sagen, bitte hilf dir selber, das muss man auch tun, weil sonst können, wir den anderen, die es brauchen, nicht helfen. Jetzt habe ich gesagt, wir sind in einem Mischsystem unterwegs, werden das heute auch noch einmal diskutieren, wir haben im Kindergarten de facto eine 100-%ige Versorgung aus privaten und öffentlichen Einrichtungen, bei den 0-3-Jährigen würde ich mir wünschen, gerade weil ich wieder einen kleinen Schatz bekommen habe, und würde das jedem Vater, jeder Mutter und jedem Kind wünschen, dass möglichst

lange in den ersten drei Lebensjahren die Eltern und die Mutter selber für das Kind da sein kann. Das geht in vielen Fällen leider heute in unserer Gesellschaft nicht mehr, deswegen müssen wir diese Angebote schaffen und ich werde da auch ordentlich dabei mithelfen. Ich habe aber auch aufgezeigt und gerade in zwei Fällen aufgezeigt, dass es manchmal zu Situationen in unserer Gesellschaft kommt, die ich schon nicht mehr verstehen kann, unter anderem, wenn ein Bekannter von mir, der ein sehr gut verdienender Arzt ist, nach vielen Jahren bei mir anruft, um bei mir zu intervenieren, er hat gerade ein Kind gekriegt, sein erstes im Übrigen und er möchte jetzt schon für den Krabbelstubenplatz sein einjähriges Kind bei uns schon unterbringen, der öffentlichen Hand, dem kann ich nur sagen, du hast auch das Geld dafür, schau wie du eine Betreuung schaffst, wir haben so wenig Betreuungsplätze, ich möchte es jenen Frauen und jenen Männern anbieten, die sich das in keinsten Weise leisten können, weil ich diese 33 % also für alle noch nicht anbieten kann und das zweite Beispiel ist, und da habe ich zitiert, eine Pädagogin, eine Kindergartenbetreuerin in einer Krabbelstube der Stadt Graz, die mir gesagt hat beim Besuch, als ich dort war, Herr Bürgermeister, stellen Sie sich vor, es kommen bei uns, es gibt Mütter, die bringen uns, und das gilt dann selbstverständlich auch für die Väter, die bringen uns in der Früh die Kinder, die sind nicht gewickelt und die sind nicht gefüttert und eine davon ist sogar im Kaffeehaus rauchend vis a vis gesessen, als wir mit den Kindern dann unterwegs waren. Und das ist eine Kindergärtnerin, die mir das erzählt hat und die kann man gerne auch einmal besuchen gehen, das findet leider auch statt, das habe ich nämlich dazugesagt und den Satz, den ich dann dazugesagt habe, er ist ganz, ganz wichtig...

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Er hat ja nichts anderes gesagt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist das, was ich gesagt habe. Noch etwas habe ich dazugesagt,...

***Zwischenruf GRin. Gesek: Die hören das Gras wachsen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und auch dann ist es für eine Kommune ganz, ganz wichtig, dass sie solche Einrichtungen schafft, weil mir ist dann viel lieber, dass wir unsere engagierten PädagogInnen und BetreuerInnen haben, die sich auch wirklich um dieses Kind dann auch am Vormittag kümmern. Das sind zwei Beispiele in der bildungspolitischen Diskussion, die da über die Bühne gegangen ist und die nimmt einen Satz heraus und das wird dann gleich bis zum Herd wieder durchhinaus. Ich bin ein massiver Verfechter auch dessen, wenn es eben nicht mehr anders geht, dass wir, wenn es einer selber schafft und wenn er das Kind betreuen kann, ist das für mich, und das wird es auch immer bleiben, die beste Form der Betreuung. Wenn jemand angewiesen ist auf Hilfe, wenn er arbeiten gehen muss, dass er keine andere Chance hat, dann braucht er diesen Betreuungsplatz und ich hoffe, dass ich damit das aus der Welt geschafft habe, was hier angeblich von einer Lehrerin zu einer Redakteurin und dann zu Ihnen gekommen ist (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Zum Ersten möchte ich gerne sagen, ich bin sehr froh über dein klares Bekenntnis zu den christlich-sozialen Grundsätzen und Wurzeln. Ich frage mich nur, ob die nur für dich persönlich gelten oder auch zum Beispiel für den Vorsitzenden des Sozialausschusses und deinen Pressesprecher. Ich möchte es nur mit einem Satz erwähnen, wenn davon die Rede ist, dass in Graz jetzt das Betteln grundsätzlich abzustellen, ist, weil es so störend ist, weil es die Touristen stört, die Leute, die einkaufen und die Händler, inwieweit es dann deinen Grundprinzipien, die du uns jetzt dargestellt hast von Hilfe für die, die tatsächlich Hilfe brauchen, auch...

***Zwischenrufe unverständlich.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich weiß schon, dass das ein anderes Thema ist, aber es zeigt einfach die Widersprüchlichkeiten auf in der Frage, was denn unter christlich-sozialen Grundsätzen zu verstehen sei.

*Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist überhaupt kein Widerspruch.*

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Was die Frage der Notwendigkeit insgesamt von Kinderbetreuungseinrichtungen, aber vor allem von Kinderkrippen, anbelangt, so denke ich, dass wir verkürzt diskutieren, wenn wir nur die Fragestellung, wie können wir Eltern unterstützen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in den Vordergrund stellen und so tun, als sei das Anliegen, ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, ein ausschließlich frauenpolitisches oder bestenfalls familienpolitisches Anliegen. Das ist ein verkürzter Zugang und eine verkürzte Antwort. Ich darf zitieren und sage Ihnen dann nachher, woher das Zitat kommt, einige von Ihnen werden es kennen: „Warum ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf so wichtig? Durch eine deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf können Frauen wieder früher ins Erwerbsleben einsteigen, dieser ökonomische Mobilisierungseffekt bewirkt eine qualitative Verbesserung der Frauenbeschäftigung, was übrigens ein wesentlicher Schritt gegen Kinderarmut ist, bewirkt höhere Einkommen, höhere Nachfrage und damit eine Stärkung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus kann durch bessere Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf der deklarierte Kinderwunsch von Frauen und Männern einfacher und durchaus auch früher realisiert werden. Bessere Rahmenbedingungen bewirken eine höhere Lebensqualität für Frauen und Männer, eine Entschärfung der demografischen Entwicklung und damit ebenfalls eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.“ Ein Zitat aus einer Studie, die die Industriellenvereinigung in Auftrag gegeben hat und nicht es ist das nicht nur ein Zitat einer Wissenschaftlerin, die an dieser Studie gearbeitet hat, sondern das ist das Vorwort der Industriellenvereinigung. Was ich damit deutlich machen könnte, übrigens zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Studien der

OECD, die nachweisen, dass jene Länder, die das beste Angebot an Kinderbetreuung haben und damit höchste Frauenerwerbstätigkeit auch die Länder sind, die die wenigsten sozialen und die wenigsten ökonomischen Probleme haben und was ich damit sagen will, ist, es geht nicht nur um ein frauenpolitisches Anliegen, es geht nicht nur um ein familienpolitisches Anliegen, sondern es geht eigentlich um eine Frage der Nachhaltigkeit. Es geht um arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Fragestellungen und wenn wir das Thema Kinderbetreuungseinrichtungen unter diesem Gesamtaspekt und unter diesem Vernetzungsaspekt sehen, dann wird ganz klar, dass es notwendig ist, dass wir die Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen. Wir sind in Graz sehr gut versorgt, was die Einrichtungen für die Drei- bis Sechsjährigen anbelangt, wir sind aber bei den 0-3-Jährigen im österreichischen Durchschnitt, nämlich wir brauchen bis 2010 eine Verdreifachung. Und jetzt sage ich noch dazu, insgesamt sind das in Österreich 44.000 Plätze für 0-3 Jährige die fehlen. Also eine Verdreifachung ist dringend notwendig und ich bin, und ich sage das jetzt gleich vorweg, ich bin daher auch sehr dankbar, dass es heute diesen gemeinsamen Beschluss geben wird zur Errichtung der Kindergruppe Ghegagasse und zum Abschluss möchte ich noch sagen, wie richtig oder wie halbrichtig das auch interpretiert wurde, was der Herr Bürgermeister bei dieser Tagung gesagt hat. Ich weiß schon, dass manches einfach immer wieder falsch überkommen mag und falsch verstanden wird, in dem Fall entzieht sich das meiner Beurteilung, ich will mich dazu auch gar nicht äußern, aber eines möchte ich schon sagen, ich glaube, dass wir im Zusammenhang mit diesen Fragestellungen so wachsam, so bewusst und so sensibel wie möglich diskutieren sollten. Denn was tatsächlich Frauen am wenigsten brauchen können, sind Rabenmütterphilosophien, sind Unterstellungen, sie würden aus unlauteren Motiven ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen geben und was wir alle miteinander am wenigsten brauchen können, wenn uns der Fortschritt unserer Gesellschaft tatsächlich ein Anliegen ist, auch im Sinne von Gleichberechtigung der Geschlechter ist das ständige mantraartige Aufwärmen von Müttermythen, die schon längst ihre Gültigkeit verloren haben und eigentlich die letzten Relikte einer patriarchalen Gesellschaft sind, die auch einer christlich-sozialen Partei nicht gut zu Gesicht steht (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Liebe Frau Stadträtin, liebe Tatjana! Ich war fast schon wieder herunter von dem, wo ich gesagt habe, ich muss mich jetzt einfach melden, weil du zwischendurch wieder beim Fachthema warst und ich denke, dass Fachthema Kinderbetreuung und wie gehen wir damit um, ist eines, das unsere Aufgabe ist. Es ist gut, wenn wir darüber diskutieren. Ich denke tatsächlich, dass es wichtig ist, dass wir wachsam und sensibel an Themen herangehen, aber da geht es bitte auch darum, wie wir mit Vätern und ihrer Einstellung umgehen, es geht auch darum, wie wir damit umgehen, dass ein Herr Bürgermeister bei öffentlichen Veranstaltungen sich sehr wohl dazu bekennt, dass die Stadt ihre Verantwortung wahrnimmt, dass er sich bemüht, die Ressortwünsche von Kollegen und Kolleginnen, die auch nicht aus der eigenen Fraktion stammen, ernsthaft mitzuvertreten, das sind Dinge, denke ich, die aus den Aussagen auch klar spürbar und erkennbar waren. Ich würde mir auch wirklich wünschen und das richte ich an Lisa Rücker, die weiß von mir, dass ich sie sehr schätze auch für ihre Einstellungen, dass wir auch einmal zu einer Vereinbarung kommen, die besagt, dass wir nicht mehr über die Interpretationen von Interpretationen reden und irgend etwas, das man in einer Zeitung nachgelesen hat, nachdem es dreimal die Runde gemacht hat, dann hier wieder zur Diskussion erheben, denn da passieren Missverständnisse und da werden Wertungen vorgenommen, die eben genau dem widersprechen, was du, Frau Stadträtin, gerade gefordert hast, dass man nämlich sensibel und wachsam mit Themen umgeht. Wenn wir jetzt dem Herrn Bürgermeister bei seiner Antwort zugehört haben, hat er sehr gewusst von Müttern und Vätern gesprochen, er hat sehr gewusst davon gesprochen, dass es verschiedene Ansichten geben mag und verschiedene Schwerpunktsetzungen geben mag, welche Form der Kleinkinderbetreuung man sich vorstellt. Er hat sehr genau unterschieden, hat davon gesprochen, was ist Aufgabe der öffentlichen Hand, hat es aber gewagt, sozusagen auch die Elternverantwortung miteinzufordern. Das sind Dinge, die in einer Fachdebatte ihren Platz haben und ich wünsche mir, dass wir diese Fachdebatten hier führen, aber bitte unter dem Titel der Fachdebatte und ich würde mir wirklich wünschen, dass wir es hier in diesem Saal unterlassen, irgendwelche Zeitungsmeldungen, die, wie gesagt, auf Gerüchten und Interpretationen und dreimal Nachfragen entstanden sind, dann zum Anlass nehmen, über den Herrn Bürgermeister persönlich zu sprechen, er ist Verantwortungsträger unserer Stadt, aber was er heute hier in seiner Antwort gesagt hat, kann man sehr wohl auch so interpretieren, wie er es

nämlich eigentlich gemeint hat, dass er sagt, wir brauchen ein Miteinander und wir brauchen gerade in der Frage der Kinderbetreuung des Umgangs mit Kindern eine Gemeinsamkeit und keinen Streit und keine Haarspaltereien. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Zu Ihrer vorherigen Aussage über die archaischen Müttermythen wiederhole ich die Frage aus der Fragestunde der letzten Gemeinderatssitzung, ob Sie in einer liberalen Weltanschauung auch Müttern, die es aus freier Bereitschaft als Sinn ihres Lebens erachten und damit auch glücklich und zufrieden sind, als Mutter ganz für ihre Kinder da zu sein, ob das für Sie eine akzeptable Lebensweise ist? (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Ich kann es nur mit einem Satz beantworten. Ich akzeptiere grundsätzlich individuelle Lebensentwürfe von Menschen, bin aber auch dafür, dass Politik die Verantwortung dafür übernimmt, dass Menschen bewusst ist, welche Entwicklungen persönlicher Art sich aus ihren individuellen Lebensentwürfen ergeben können. Ich bin dafür, dass wir junge Frauen darüber aufklären, dass es gut und sinnvoll ist für sie, so wie das meine Mutter mit mir getan hat und ich ihr sehr dankbar bin dafür, darüber aufklären, dass es gut und sinnvoll ist für Frauen erwerbstätig zu sein, weil das die Möglichkeit erhöht, ein eigenständiges Leben zu führen und für mich ist Eigenständigkeit ein ganz, ganz hoher individueller Wert im Leben eines Menschen. Aber das heißt nicht, dass ich Frauen, die sich für etwas anderes entscheiden, den Respekt abspreche, ich weiß nicht, wie oft ich das jetzt...

**Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das sagt niemand.**

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Er hat mir gerade die Frage gestellt: Genau diese Frage hat er mir gestellt, Frau Gemeinderätin, hören Sie zu. Sie haben diese Frage gestellt, ist das richtig.

*Zwischenruf GR. Dr. Hammer: Es war erforderlich auf Grund Ihrer Äußerung.*

STRin. **Kaltenbeck-Michl**: Ok, und diese Frage habe ich beantwortet. Und wenn Sie mir noch oft diese Frage stellen, werde ich sie immer wieder gleich beantworten.

*Zwischenruf GR. Dr. Hammer: Es war nur so, dass Ihre Aussage es notwendig gemacht hat, diese Frage .....*

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Den Zusammenhang, tut mir Leid, verstehe ich nicht, den müssten Sie mir besser erklären.

GRin. **Rücker**: Liebe Eva-Maria Fluch, ich bin hier herausgegangen, weil ich eine politische Diskussion führen wollte, eine Fachdiskussion führen wir und in der Fachdiskussion werden wir uns auch treffen immer wieder beim Thema Kinderbetreuung sogar auch, die politische Diskussion ist eine gesellschaftspolitische Diskussion und ich habe, glaube ich, sehr deutlich gesagt, also ich habe mich gestern bezogen auf das, was in *diestandard.at* gestanden ist, heute beziehe ich mich auf die Redevorlage des Bürgermeisters, die ich ja inzwischen habe und mir genau durchgelesen habe und ich habe danach gefragt,

was die Motivation ist für den Herrn Bürgermeister, dieses Negativbeispiel in diesem Zusammenhang zu bringen. Übrigens bin ich auch eine Mutter, die hie und da ganz gerne eine Zigarette nach den Kindern, nachdem sie die Kinder abgegeben hat, geraucht habe im Kaffeehaus, weil zu Hause habe ich neben meinen Kindern nicht geraucht. Also, ich denke, ich bin auch eine, muss ich mich einmal outen, dieser Rabenmütter.

***Zwischenruf GR. Mag. Fluch: ...aber das Kind vorher nicht unversorgt abgegeben haben.***

GRin. **Rücker:** Aber das ist ein Negativbeispiel, diese Beispiele mag es geben, ist keine Frage, aber es setzt ein Bild vor, das in unseren Köpfen und gerade in der österreichischen Debatte über Kinderbetreuung viel zu tief verankert ist und da tut es mir Leid, dass sich gerade Ihre Fraktion immer wieder beteiligt...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist eure Meinung von uns.***

GRin. **Rücker:** ...an diesem Steriotypenbild weiterzuarbeiten und ganz viele Frauen leiden darunter, dass sie sich mit einem schlechten Gewissen herumschlagen. Es ist eines herausgeholt und es ist schade, weil es ein Bild weitertransportiert. Ein Bild, das Rahmenbedingungen verschärft, die insgesamt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Österreich noch immer schlecht genug sind. Eine Rahmenbedingung ist auch eine gesellschaftliche Haltung gegenüber Müttern und Vätern die berufstätig sind und trotzdem verantwortungsvoll eine Kinderbetreuung suchen und haben wollen und der zweite Punkt, der mich einfach etwas aufbringt, und das ist auch aus Ihrer Rede herausgekommen, wer hat einen Anspruch auf einen

Kinderbetreuungsplatz, weil wir einen Mangel haben, verwalten wir einen Mangel politisch immer so, dass wir plötzlich anfangen, das Problem zu individualisieren.

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Weil es sozial individualisiert wird.*

GRin. **Rücker:** Ich erinnere Sie an eine andere Aussage von Ihnen, Herr Bürgermeister, es gab einmal die Frage, warum der Innenstadthandel so schlecht floriert und wie das mit der Arbeitslosigkeit ist. Ihre Aussage war, wenn die arbeitslosen Menschen mehr einkaufen gehen würden, dann würden sie dafür sorgen, dass mehr Beschäftigung da ist, das ist auch ein Zitat des Herrn Bürgermeister und ich möchte...

*Zwischenruf unverständlich.*

GRin. **Rücker:** Nein, darf ich den Zusammenhang erklärt, da geht es auch darum, dass ein strukturelles gesellschaftlich, politisch nicht bewältigtes Problem wieder den Personen zugeschrieben wird, die davon betroffen sind und das ist in dem Fall auch passiert, indem es heißt, ok wir haben zuwenig Kinderbetreuungsplätze...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ihr seid entsetzt, weil es nicht so gemacht wird, wie ihr das wollt.*

GRin. **Rücker:** Nein, die Zuschreibung an Eltern, ob sie jetzt ein Recht darauf haben, einen Kinderbetreuungsplatz zu haben oder nicht, muss andere Kriterien kennen als die, ob sie unter gut oder schlecht laufen, aber wir haben hier offensichtlich eine Diskussion, wo alle gleichzeitig reden.

Bgm. Mag. **Nagl:** Danke vielmals, Frau Gemeinderätin! Ich möchte Ihnen auf Ihrem ganzen Lebensweg eines wünschen, ein Bürgermeister ist tagtäglich draußen bei den Menschen, er hält permanent Ansprachen, Grußworte, nimmt an Diskussionen teil, ein Satz nach dem anderen geht bei mir hinaus. Es gibt eine, und ich glaube ganz gewiss politisch motivierte Gruppe, die so an meinen Lippen hängt, bis irgendwann wieder einmal ein Teil eines Satzes so zu interpretieren ist, wie Sie es abgeleitet haben aus der Geschichte und ich sage Ihnen das (*Applaus ÖVP*), ich wünsche Ihnen in Ihrem ganzen Leben, wo immer Sie sprechen, dass keiner dabei ist, der nur darauf wartet, hat er wieder irgendetwas gesagt, das ins Klischee hineinpasst. Ich sage Ihnen noch einmal, christlich-soziale Orientierung bei Mangelverwaltung heißt, und ich habe es über den Mann und über die Frau gesagt, ich habe zwei Beispiele zitiert, nämlich als schlechte Beispiele, und die gibt es und ich habe sogar bei der Frau den Mann noch einmal mitgenommen, der wahrscheinlich eh schon futsch war, weil sonst wäre sie wahrscheinlich nicht allein hingegangen. Der Mann will von mir, er ist ein Topverdiener als Chirurg, er will von mir einen Kinderbetreuungsplatz und ich habe einen Mangel, der kriegt ihn nicht, er soll sich eine Tagesmutter, er soll privat schauen, dass sein Kind versorgt ist, er kann es nicht von der öffentlichen Hand einfordern, weil ich einen Mangel habe und weil es zuerst die wenigen Plätzen an die Damen und die Herren gehen, die kein Geld haben und die arbeiten gehen müssen (*Applaus ÖVP*). Er hat das Geld, er kann es sich leisten und wenn wir das Ziel nächstes Jahr erreicht haben der EU-Richtlinie, dann hoffe ich, dass die ausreichend ist.

**Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl:** *Nächstes Jahr? Der Bürgermeister ist ehrgeiziger als ich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, wir stecken uns hohe Ziele. Nein, das war kein Versprecher sondern das war eine mutige Äußerung, dass wir ein Ziel vor Augen und haben und noch etwas, ich weiß dann nicht, ob die Richtlinie ausreicht, es kann sein, dass wir noch mehr brauchen, wünschen tue ich es mir und den Kindern nicht, und da könnten wir so lange diskutieren, was man auch alles Frauen, die zu Hause bleiben, noch Gutes antun könnte und, und, und. Wir haben noch so viele Anträge, ich habe noch Anfragen in der Fragestunde, wir haben noch dringliche Anträge, wir haben noch Gemeinderatsstücke. Ich will es nicht in die Länge ziehen, aber noch einmal beherzt, ich wünsche Ihnen im ganzen Leben nicht, dass jeder Spruch und jeder Satz und ich rede wirklich viel, das ist so in unserem Leben, im politischen Leben auch eines Bürgermeisters, so auf die Waagschale gelegt wird und so zerstückelt wird, wie das da immer passiert, damit es in ein Klischee hineinpasst, dass gleich wieder alles hupft, das ist ein Schlusssatz für dieses Thema jetzt.

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Dein Wort in Brutus' Ohr.*

GRin. **Rücker**: Sie sind der Herr Bürgermeister und deswegen schaut man Ihnen besonders genau auf Maul, das ist einmal so. Und ich bitte Sie darum, Herr Bürgermeister, in Zukunft dazu beizutragen, dass zum Beispiel gerade zur Frage von Müttern positivere Bilder in die Welt gesetzt werden, dass Frauen sich ihre Lebensform leben trauen können, dazu stehen können, das öffentlich einfordern können, darum bitte ich Sie, in Zukunft als Bürgermeister in Ihrer wirklich nicht unbedeutenden Position, da wird eben alles, was Sie sagen, auch als bedeutend angesehen, so ist das einmal, diese Möglichkeit zu nutzen in einer positiven Form. Danke.

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Weiter wie bisher.*

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Herr Bürgermeister, also danke für dieses ehrgeizige Ziel, ich freue mich sehr, wenn das schon für 2007 gilt. Ich hoffe nur, du kommst dann nicht und sagst, wie ich es in meinem Eckwert unterbringe, da bin ich dann selber dafür verantwortlich, weil das wird nicht funktionieren.

*Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Ich lasse dich nicht allein.*

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Du lässt mich nicht allein, das ist schön, fühle mich sehr gut unterstützt. Was die Arztfamilie angeht, so muss ich dir folgende Information zukommen lassen: Es gibt seit vielen Jahren in der Stadt gültige Richtlinien, hier im Gemeinderat beschlossen, nach welchen Kriterien Kinder Aufnahme in eine Betreuungseinrichtung finden und das Kriterium für die Aufnahme sind nicht die Einkommensverhältnisse der Eltern, sondern die Frage zum Beispiel, ob beide Eltern erwerbstätig sind, ob Alleinerzieher und andere Rahmenbedingungen. Die Frage des Einkommens hat nur Auswirkung auf die Frage der Elternbeiträge, also in welcher Stufe sie in der sozialen Staffelung fallen und ich denke, das wird auch so bleiben und demnach hätte dieser Arzt, ich kenne ihn nicht, durchaus auch die Möglichkeit, wenn seine Frau auch erwerbstätig ist, einen Platz in einer unserer Betreuungseinrichtungen zu kriegen, zumal dann, wenn wir schon ausreichend ausgebaut hätten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe es auf den Mangel bezogen und solange jemand, der wirklich finanziell in Schwierigkeiten ist, keine Chance hat, glaube ich, das Subsidiaritätsprinzip anwenden zu können.

GRin. **Edlinger**: Die Kolleginnen der ÖVP-Fraktion können gerne inzwischen hinausgehen, jetzt war der erste Satz, jetzt kommen trotzdem zwei. Ich glaube nur, Sie vergessen eines bei Ihrem Argument, was diesen Arzt betrifft, es ist immer schwierig, über Einzelfälle zu diskutieren. Nur Tatsache ist, dass auch ein Qualitätsmerkmal unserer Kinderbetreuungseinrichtungen die soziale Durchmischung ist, weil eben auch Bildungsstand der Eltern oft mit Einkommen gekoppelt ist, diese Kinder auch von zu Hause oft gute Förderung bekommen und davon auch die anderen Kinder wieder profitieren. Erste Bitte, das nur mitzubedenken, und weil wir heute schon beim Bitten sind, dann würde ich mir halt auch von einem Bürgereister wünschen, gerade wenn er auch jetzt frisch oder nicht mehr so frisch, aber doch noch junger Vater ist, dass er vielleicht solche öffentlichen Auftritte nicht nur dazu nützt, um über Mütter in diesem Zusammenhang, Sie haben den Vater mitgenommen, ich weiß schon, aber dass Sie vielleicht solche Auftritte ganz besonders auch dafür nützen, den Vätern ein schlechtes Gewissen einzureden, wenn sie da zum Beispiel am Nachmittag im Gemeinderat sitzen und nicht daheim sind bei Ihren Kindern, wenn Sie am Abend die Aktentasche abgeben und dann noch zum Sport oder zu was auch immer gehen, da denke ich mir, können Sie eine ganz, ganz wichtige Vorreiterrolle übernehmen, indem Sie wirklich sich darum bemühen trotz der Tatsache, dass Sie natürlich als Bürgermeister zeitlich sehr eingespannt sind, aber sehr viel an Kinderbetreuungs- und Hausarbeit zu Hause übernehmen (*Applaus SPÖ*).

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das ist ein Klischee.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, danke für den ersten Hinweis, das hat zum Beispiel in meinen Überlegung bisher gefehlt, auch die soziale Durchmischung, das werde ich auch beherzigen in meinen Dingen, aber das, was ich Ihnen jetzt sagen werde, wird Sie dann vielleicht auch einmal glücklich machen, weil Sie gesagt haben, Sie hätten das gerne vom Bürgermeister. Ich bewundere Frauen mit ihrer Dreifachbelastung: die Kinder, den Beruf und die Männer.

#### 14) EU-Treffen im Juli

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Herr Bürgermeister, Sie haben ja schon früher gesagt, es passiert bereits viel zu diesem Thema, es wird jetzt ein Konzept erstellt, also es kostet sehr viel, Einsparungen muss die Stadt machen, wir haben heute auch einen dringlichen Antrag diesbezüglich. Dahin geht jetzt heute meine Anfrage. Einem Zeitungsbericht konnte ich entnehmen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass sich am 9. Juli in Graz 200 junge Menschen aus neun Ländern treffen. Das grundsätzlich begrüßenswerte Treffen junger Menschen in Graz steht unter dem Titel „Multikulti Graz“. Auch der Inhalt des Treffens, die Diskussion über Integration und Interkulturelles, ist an sich zu begrüßen.

Allerdings kann ich nicht verstehen, wie die Stadt Graz dazu kommt, dieses Treffen, das ohnehin von der EU gefördert wird, zusätzlich mit 70.000.- Euro zu sponsern. Gerade in finanziell schlechten Zeiten, in denen die Stadt Graz gezwungen ist, alle Ausgaben zu überdenken, wo Einsparungen sowohl die Bevölkerung als auch die Bediensteten des Magistrates treffen, wo über Einsparungen in der Politik nachgedacht wird, Bibliotheken und Schulen geschlossen werden sollen, halte ich die Förderung solcher Veranstaltungen, unabhängig von deren Inhalt, für mehr als fragwürdig.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

#### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, überprüfen zu lassen, ob die Veranstaltung „Multikulti Graz“ nicht auch ohne die Unterstützung durch die Stadt Graz über die Bühne gehen könnte?

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Frau Gemeinderätin! Das ist leider nicht möglich, weil es ein ausgesprochener Wunsch der Stadt Graz und auch ein ausgesprochener Wunsch

von mir ist, dass dieses Treffen in Graz stattfindet. Wir haben heute schon einmal über unsere drei Säulen gesprochen und eine davon ist der interreligiöse Dialog und die Stadt Graz steht, glaube ich, auch international sehr, sehr gut da, wenn es darum geht, dass Menschen unterschiedlicher Konfessionen und Religionen miteinander leben und auch nach vorne marschieren, nämlich nicht sich nur einmal halbwegs vertragen, sondern daran arbeiten, dieses Zusammenleben in die ganze Welt hinauszutragen. Und wir haben unser Friedensbüro, und es ist seit dem Jahre 2003 ein großer Wunsch der Stadt Graz, dass wir das Projekt, das 2003 für mich einer der größten Erfolge des Kulturhauptstadtjahres war, nämlich dass der Dalai Lama gemeinsam mit allen anderen Würdenträgern aller Religionen am Schloßberg gestanden ist, es waren viele von Ihnen dabei, und gemeinsam sich die Hände gereicht haben und ein Gebet gesprochen haben, das dieser schöne Moment seine Fortsetzung findet und zwar möglichst mit jenen Menschen, die die Zukunft Europas gestalten werden. Und wir haben uns damals zu diesem Nachfolgeprojekt entschieden. Es gibt ja auch beim Friedensbüro einen Vorstand, indem alle Fraktionen vertreten sind und in diesem Friedensbürovorstand wurde abgesegnet das Projekt, das jetzt möglichst viele Jugendliche, wir wollten das noch viel größer machen, aber die EU fördert solche interreligiöse Treffen mit 50.000 Euro nur bis zu einer Teilnehmeranzahl von 300 oder 220 Personen...

***Zwischenruf GR. Herper: Die Sozialministerin ist dabei...***

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Sozialministerin ist mit dabei, das Land Steiermark wird mit dabei sein, also das wird ein tolles Projekt, Graz wird einen internationalen Focus zu diesem Thema haben und wir haben das mehrjährig begleitet und dieses Geld de facto auch so beschlossen und ich bitte um Verständnis, dass wir da jetzt nicht hergehen können und sagen können, wir wollen unsere, als Gründer der Idee quasi unsere Gelder zurückziehen, weil wir eben Co-Finanzierungen auch bekommen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Sickl**: Und das passt in das Konzept, das Sie sozusagen vorher vorgestellt haben, dass das eben jetzt kommen soll und diese ganzen Untersuchungen usw. was jetzt passiert, das passt dazu?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, noch einmal, ich träume selber davon und ich hoffe, wir werden es schaffen zu drei Säulen zu kommen und dieser interreligiöse Dialog ist einer davon. Dazu haben wir einen interreligiösen Tisch gegründet, alle Konfessionen treffen sich zweimal zumindest pro Jahr, heuer hat es eine Notsituation schon gegeben durch die Karikaturen und ich war sehr froh, dass dieser interreligiöse Beirat da war, dass sie gemeinsam auch ohne uns eine Stellungnahme verfasst haben und zu einem friedlichen Miteinander aufgerufen haben, hat in Graz keine Probleme gegeben, die machen jetzt ein Arbeitsprojekt, es gibt das Friedensprojekt neu, es gilt die ganzen NGOs zusammenzufassen, das ist alles ein Thema, aber diese Säule interreligiöser Dialog hängt momentan an diesen zwei Hauptprojekten, einmal die Schaffung und die Installierung des interreligiösen Kreises. Ich glaube, wir werden auch im Gemeinderat uns mit den Wünschen der Religionsgemeinschaft in Zukunft beschäftigen, weil Wünsche schon gestern formuliert worden sind, die wir dann hier hereintragen und das Zweite wird sein, ein Projekt, dass wir die Jugend in Europa nach Graz bewegen, um zu sagen, strahlt es einmal das aus, was wir 2003 erlebt haben, dafür haben wir auch gemeinsam beschlossen, dieses Geld auszugeben, da gibt es aus meiner Sicht keinen Rückzieher mehr. Ab 9. Juli bitte ich auch wieder um rege Teilnahme, dass die jungen Menschen spüren, dass Graz beim interreligiösen Dialog einfach auch mutiger ist als viele andere Städte (*Applaus ÖVP*).